volkshilfe.

POLICY
PAPER



ARMUT & DEMOKRATIE

PERSPEKTIVEN ARMUTSBETROFFENER KINDER & ERWACHSENER AUF DEMOKRATIE, POLITIK UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

WIE (KINDER-)ARMUT DIE DEMOKRATIE GEFÄHRDET

„ARME LEUTE KÖNNEN SICH NICHT BEIM BUNDESKANZLER BESCHWEREN, WEIL SIE NIX HABEN“

(armutsbetroffenes Kind aus Wien)

INHALT

Vorwort	**6**
Einleitung	**10**
Was ist Demokratie?	**14**
Armut und soziale Ungleichheit in Österreich	**22**
Wie Armut und Demokratie zusammenhängen	**28**
Armut und Demokratie – Aktivitäten der Volkshilfe	**36**
Politische Forderungen	**50**
Literatur	**52**
Impressum	**58**

VORWORT

Demokratie lebt davon, dass alle Menschen mitreden, mitentscheiden und mitgestalten können – und dennoch erleben wir, dass **viele Menschen weltweit, aber auch in Österreich, von politischer Teilhabe und Mitbestimmung ausgeschlossen** sind.

Zusätzlich führen die **multiplen Krisen unserer Zeit zu Verunsicherung** – geopolitische Spannungen und Kriege, die Klimakrise, wachsende soziale Ungleichheit, düstere Zukunftsaussichten. Es verstärkt sich das Gefühl, dass politische Entscheidungen im Interesse kleiner Gruppen und nicht der Vielen umgesetzt werden. Große Studien, unsere eigene Forschung sowie Erfahrungen aus der Sozialen Arbeit zeigen: Viele armutsbetroffene Menschen haben ein geringes Vertrauen in politische Institutionen und das Gefühl, „Menschen zweiter Klasse" zu sein. Und wir sehen: Diese Erfahrungen beginnen oft schon in der Kindheit.

Armut ist dabei nicht nur ein finanzielles Problem für die Betroffenen. **Armut bedeutet Stress und ständige Unsicherheit. Armut macht krank, isoliert und raubt Zukunft.** Vor allem aber schränkt Armut Handlungsmöglichkeiten ein – im Alltag und in der Demokratie. Wer ständig rechnen muss, ob die Miete, das Essen oder der Schulausflug für das Kind leistbar sind, hat weniger Zeit, weniger Kraft und oft auch weniger Möglichkeiten, um sich politisch einzubringen. Wer sich wiederholt nicht gehört fühlt, verliert Vertrauen. Wer Abwertung erlebt, verliert Interesse am Miteinander. Und wer den Eindruck hat, ohnehin nichts bewirken zu können, zieht sich zurück. Das ist nicht nur für die Betroffenen fatal, sondern es schwächt die Demokratie als Ganzes.

Die Volkshilfe bzw. ihre Vorgängerin Societas sind aus der Arbeiter*innenbewegung entstanden. Wir kämpfen schon lange für Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Demokratie ist dafür die zentrale Voraussetzung: Nur, wo alle Menschen die Möglichkeit haben, mitzubestimmen, können soziale Sicherheit und Gerechtigkeit dauerhaft erkämpft und verteidigt werden. Wo demokratische Prinzipien erodieren, geraten zuerst jene unter Druck, die ohnehin wenig Ressourcen haben.

In diesem Policy Paper zeigen wir Mechanismen des Ausschlusses aus der Demokratie auf. Wir verbinden aktuelle Daten zur Demokratie und Armut in Österreich mit eigener Forschung zu Demokratie und politischer Teilhabe armutsbetroffener Menschen. Und wir schlagen vor dem Hintergrund unserer Arbeit Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und zur Stärkung unserer Demokratie vor.

Armut und ihre strukturellen Ursachen zu bekämpfen heißt, Demokratie zu stärken. Denn Demokratie ist nur dann wehrhaft und resilient, wenn sie niemanden zurücklässt.

EINLEITUNG

EINLEITUNG

Dieses Policy Paper beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von Armut, sozialer Ungleichheit und Demokratie. **Im Zentrum steht dabei die Annahme, dass Demokratie nicht nur von formalen Rechten lebt, sondern auch davon, dass Menschen reale Möglichkeiten – u. a. Zeit und Geld – haben, diese Rechte wahrzunehmen und ihre Interessen einzubringen.** Ziel des Policy Papers ist es, die demokratiepolitische Dimension von Armut sichtbar zu machen und Ansätze aufzuzeigen, wie soziale und politische Teilhabe gestärkt werden können.

IM ERSTEN TEIL

des Policy Papers wird erläutert, was unter **Demokratie** verstanden werden kann und welche Bedeutung Gleichheit, Freiheit und Kontrolle für demokratische Systeme haben und was unter "sozialer Demokratie" verstanden wird. Daran anschließend wird die Zeitdiagnose Postdemokratie vorgestellt, die beschreibt, wie demokratische Institutionen formal bestehen bleiben können, während sich politische Einflussmöglichkeiten von unterschiedlichen Klassen zunehmend ungleich verteilen.

DER ZWEITE TEIL

widmet sich der sozialen Ungleichheit und **Armut in Österreich.** Dafür werden aktuelle Daten zu Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung dargestellt und zentrale Begriffe der Armutsmessung erklärt. Anschließend wird aufgezeigt, inwiefern Armut und Demokratie zusammenhängen und welche Folgen soziale Ungleichheit für politische Repräsentation, Partizipation und das Gefühl politischer Selbstwirksamkeit hat.

IM DRITTEN TEIL

werden zwei thematisch passende **Studien der Volkshilfe** Österreich vorgestellt. Dabei wird zunächst die Arbeitsweise der Volkshilfe an der Schnittstelle von Sozialer Arbeit, Forschung und anwaltschaftlicher Praxis skizziert. Darauf aufbauend werden a) Ergebnisse aus einer quantitativen Befragung unter Klient*innen der Volkshilfe zu Demokratie, politischer Teilhabe und Gerechtigkeitsvorstellungen präsentiert und b) Ergebnisse aus Fokusgruppen mit armutsbetroffenen Kindern vorgestellt, die Einblicke in deren Vorstellungen von Politik, Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe geben.

Abschließend werden aus den dargestellten Befunden politische Schlussfolgerungen gezogen und Forderungen der Volkshilfe Österreich zur Stärkung der Demokratie präsentiert.



WAS IST DEMOKRATIE?

WAS IST DEMOKRATIE?

Die meisten Menschen denken beim Wort “Demokratie” an Begriffe wie Freiheit, Repräsentation, Wahlen oder Regierung. Wie Demokratie tatsächlich definiert wird, ist keine leichte Frage. In Wissenschaft und Politik ist die Definition von Demokratie umkämpft. Nichtsdestotrotz sind sich Politikwissenschaftler*innen einig, dass es ein Mindestmaß an Anforderungen an eine Demokratie geben muss (Bühlmann et al. 2012, 117f; Ingruber 2022, 18–21; Schmidt 2025, Xff). Der deutsche Politikwissenschaftler Manfred G. Schmidt fasst diese folgendermaßen zusammen:

„DIE DEMOKRATIE IST EINE STAATSVERFASSUNG, IN DER HERRSCHAFT BZW. MACHTAUSÜBUNG AUF DER GRUNDLAGE POLITISCHER FREIHEIT UND GLEICHHEIT SOWIE MIT WEITREICHENDEN BETEILIGUNGSRECHTEN ERWACHSENER STAATSBÜRGER ERFOLGT.“ (SCHMIDT 2025, X)

Österreich wird als **repräsentative** Demokratie charakterisiert, da die wahlberechtigte Bevölkerung nicht über jede Entscheidung direkt abstimmt, sondern ihre Entscheidungsmacht an gewählte Repräsentant*innen überträgt. Gleichzeitig wird Österreich (nicht ohne Kritik) als liberale Demokratie bezeichnet.

Merkmal **liberaler** Demokratien ist, dass trotz ihrer Ausrichtung auf das Wohl der gesamten Gesellschaft einzelne Menschen und ihre individuellen Rechte nicht vergessen werden und ein möglichst unkontrollierter, freier Zugang zur Partizipation herrscht (Crouch 2020a, 26; Ingruber 2022, 18–21).

DIE GEMEINSAME HERRSCHAFT DES VOLKES

Die Wurzeln moderner Demokratien basieren auf einem Grundsatz, der genauso simpel wie essenziell ist: *Alle* **können und dürfen mitmachen.** Artikel 1 der österreichischen Verfassung lautet: “Das Recht geht vom Volk aus”. Auch der Wortursprung von “Demokratie” bedeutet “Volksherrschaft” und stammt aus dem Griechischen.

Wenn also das Volk regiert, stellen sich einige fundamentale Fragen:

WER IST DAS VOLK UND WIE REGIERT ES? UND WER SOLL, DARF UND KANN AN DER REGIERUNG TEILHABEN?

Wer als “Volk” gilt, hat sich im Laufe der Demokratiegeschichte immer wieder geändert und angepasst. Von Beginn an schlossen auch Demokratien immer wieder größere und kleinere Anteile der Bevölkerung bewusst von demokratischen Prozessen aus. So durfte zum Beispiel im alten Griechenland nur die oberste Klasse die Volksvertreter*innen aller bestimmen (Schmidt 2025, 6–7). Und die Gründungsdokumente der heutigen USA, die “Federalist Papers”, lobten die Demokratie als Staatsform und schlossen im gleichen Atemzug Sklav*innen, Indigene/Angehörige von First Nations und Frauen davon aus (Milligan and Ross 2023, 306; Schmidt 2025, 80).

In der Vergangenheit gab es weltweit viele Ausschlusskriterien aus politischen Mitbestimmungsprojekten, zum Beispiel rassistische oder sexistische. Aber auch aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit oder -herkunft wurden Menschen lange von politischer Teilhabe ausgeschlossen. Außerdem gab es Ehe-, Bildungs- und Berufsverbote für Menschen, die in Armut geboren wurden (Pöschl 2016, 121). Solche und ähnliche Mechanismen des Ausschlusses wirkten lange nach und prägten auch jüngere Demokratien. Erst mit dem Jahr 1984 und der Einführung des Frauenwahlrechts in Liechtenstein gab es ein allgemeines Wahlrecht in ganz Europa.

Für Österreich war dies immerhin bereits im Jahr 1918 der Fall. Artikel 7 der Österreichischen Verfassung fügt außerdem hinzu: „Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich“ (B-VG 2025). Demnach gilt in Österreich seit über einhundert Jahren das allgemeine und gleiche Wahlrecht.

Alle Staatsbürger*innen haben das gleiche Recht, ihre Stimmen abzugeben und Vertreter*innen zu bestimmen (aktives Wahlrecht) sowie sich selbst zur Wahl zu stellen (passives Wahlrecht). Dass dies „unabhängig von Geschlecht, Klasse, Besitz, Bildung, Religionszugehörigkeit etc.“ (Parlament Österreich 2025) zu erfolgen hat, ist dem Gleichheitsanspruch moderner Demokratien zu verdanken – ausgeschlossen werden in Österreich im Vorhinein lediglich minderjährige Staatsbürger*innen (Perlot and Filzmaier 2022, 362; Schmidt 2025, XI).

Dieses Recht, der Anspruch auf Gleichheit, ist weder selbstverständlich noch zufällig entstanden, sondern wurde während der jahrhundertelangen Entwicklung der Gesellschafts- und Staatsformen hart erkämpft (Jesse 2018, 1660). In der heutigen Demokratieforschung ist es genau diese Erkämpfung und Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts, die als Übergang von vormodernen zu modernen Demokratien verstanden werden kann (Schmidt 2025, 1).

DER GLEICHHEITSANSPRUCH

Der Gleichheitsanspruch zählt zu den Grundrechten einer Demokratie und besagt, dass alle **erwachsenen** Staatsbürger*innen – unabhängig von Merkmalen wie Geschlecht, Bildung, Herkunft oder ähnlichen Zuschreibungen – gleichermaßen zum Volk zählen und stimmberechtigt sind. Diese politische Gleichheit ist ein entscheidender Faktor für Demokratien, der sicherstellen soll, dass in vielfältigen Gesellschaften jede Stimme gleichermaßen auf die politische Entscheidungsfindung Einfluss nehmen kann.

Gleichzeitig dürfen aber auch politische Realitäten nicht außer Acht gelassen werden, denn die Qualität der Teilhabe orientiert sich an den Möglichkeiten, die sich jeder einzelnen Person eröffnen. Hier wird deutlich, dass der Gleichheitsanspruch eine zentrale Rolle für die gesamte politische Teilhabe von Bürger*innen spielt – nicht nur für ihr Recht auf freie und faire Wahlen. Wie weit dieser Anspruch allerdings reicht, ist eine umkämpfte Frage und wird gesellschaftlich ausgehandelt. Besonders für Demokratien ist dies entscheidend, denn Verletzungen der politischen Gleichheit führen zu einer einseitigen Repräsentation von politischen Interessen und untergraben auf Dauer ein demokratisches Grundprinzip, was wiederum die Demokratie als Ganzes gefährdet (Bartelheimer et al. 2022, 26f; Hüther and Diermeier 2019, 41; Ingruber 2022, 37; Pateman 2016, 400; Schmidt 2025, Xf; Van Deth 2009, 155).

Heute gilt der Gleichheitsanspruch auch in der Demokratiepraxis als zentrales Fundament und Merkmal moderner Demokratien (Schmidt 2025, Xff; Bühlmann et al. 2012, 120). Allerdings reicht der Anspruch auf Gleichheit nicht, um die Qualität eines demokratischen Systems zu bewerten. In der Demokratieforschung wird daher nicht nur nach den normativen Grundlagen, sondern auch nach konkreten Kriterien zur Messbarkeit von Demokratie gefragt.

GLEICHHEIT, FREIHEIT UND KONTROLLE – EIN DEMOKRATISCHES VERSPRECHEN

Gleichheit wird als grundlegendes Prinzip herangezogen, um zu evaluieren, wie es um die Qualität einer Demokratie bestellt ist. Neben Gleichheit gelten auch Freiheit und Kontrolle als ausschlaggebend für das Funktionieren von demokratischen Systemen. Gleichheit wird gemessen, indem das gleiche Recht zur Teilhabe, die Versammlungsfreiheit, die Meinungsfreiheit und der Zugang zu öffentlichen Räumen begutachtet wird (Kern 2025, 19).

Freiheit wird über die Individualrechte, die Gleichheit der rechtlichen Möglichkeiten und die generelle Gleichheit vor dem Recht messbar gemacht. Gemeint ist somit nicht nur die Freiheit als Schutz vor unrechten Eingriffen Dritter, sondern auch der Schutz der Bürger*innen vor unrechten Eingriffen durch den Staat (Kern 2025, 19; Bühlmann et al. 2012, 119).

Das Recht aller Bürger*innen, gleichberechtigt am politischen Prozess teilzunehmen, muss in einer Demokratie geschützt werden – selbst dann, wenn eine Mehrheit dafür stimmt, es einer Minderheit zu entziehen (Bühlmann et al. 2012, 119). Ein solcher Eingriff in Freiheitsrechte wäre per Definition undemokratisch und ein Staat, der so etwas zulässt, wäre keine Demokratie mehr. Deshalb müssen Beteiligungsrechte durch den (Rechts-)Staat abgesichert werden, etwa durch die Verfassung und das Rechtssystem. Auf den ersten Blick wirkt dies wie eine Begrenzung von Freiheit. Doch weil diese Begrenzung für alle gleichermaßen gilt und den Gleichheitsanspruch sicherstellt, stärken sich Freiheit und Gleichheit gegenseitig. Demokratie beruht daher auf einem Balanceakt zwischen diesen beiden Prinzipien. Damit dieses Gleichgewicht gewahrt bleibt, braucht es schließlich ein drittes Grundprinzip: Kontrolle (Bühlmann et al. 2012, 119ff).

Kontrolle stellt sicher, dass die Regierenden in ihrer Macht beschränkt und ihre Handlungen überwacht werden. Kontrolle entsteht einerseits (vertikal) durch die Bürger*innen selbst und ihre Partizipation in freien, fairen und kompetitiven Wahlen, andererseits (horizontal) durch die Institutionen, die gegenseitigen Machtmissbrauch verhindern (Gewaltenteilung). Zwischen den Wahlen sichern außerdem eine aktive Öffentlichkeit, freie Medien und Transparenz die Kontrolle. Als letzter Aspekt der Kontrolle müssen auch den Regierenden ausreichend Handlungsfähigkeiten gesichert werden, um Versprechen tatsächlich umsetzen zu können – nur so bleibt Repräsentation glaubwürdig.

DIE BALANCE ALLER DREI PRINZIPIEN IST DAS FUNDAMENT UND DAS HERZ EINER DEMOKRATIE. GERÄT DAS GLEICHGEWICHT ZWISCHEN IHNEN DURCHEINANDER, STEIGT DIE GEFAHR, DASS DAS DEMOKRATISCHE SYSTEM ZERFÄLLT. AUS DIESEM GRUND IST ES WICHTIG, DEMOKRATIEDEFIZITE LAUFEND ZU EVALUIEREN UND AUFZUZEIGEN, DAMIT GEFAHREN, DIE UNSERE DEMOKRATISCHE LEBENSWEISE BEDROHEN, FRÜHZEITIG BEARBEITET WERDEN KÖNNEN.

Eine dieser Gefahren sehen Expert*innen in der steigenden Ungleichheit zwischen Bürger*innen. Damit Präferenzen und Ideen gleichberechtigt von Regierenden miteinbezogen werden können, reichen freie Wahlen nicht aus. Es braucht neben der Transparenz der Entscheidungsfindung auch „eine möglichst adäquate deskriptive und substanzielle politische Repräsentation" (Bühlmann et al. 2012, 121).

DAS KONZEPT DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts für die Demokratie wurde bereits ausgeführt. Der Austromarxist Max Adler betonte in seinem Werk "Politische oder soziale Demokratie", dass das allgemeine Stimmrecht zwar ein wichtiger und notwendiger Schritt in der Geschichte sei, dies jedoch nicht zu mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft führe. Zu den zentralen gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten zählt Adler etwa die ungleichen Besitzverhältnisse oder den Zugang zu Bildung (Sandner 2024, 22). Mehr Gerechtigkeit müsse über eine soziale Demokratie erreicht werden, was nur durch eine Demokratisierung aller Lebensbereiche – also zum Beispiel auch der Arbeitswelt – erfolgen könne. Die Grundidee der sozialen Demokratie in Adlers Sinne wurde auch 1945 noch in der österreichischen Sozialdemokratie vertreten (Dobesberger 2025). Später prägte vor allem der Politikwissenschaftler Thomas Meyer den Begriff der sozialen Demokratie. Er zieht den Begriff der sozialen Demokratie heran, um u. a. nach dem Beitrag von „sozialer Sicherung, sozialer Gerechtigkeit und sozialer Teilhabe zur Qualität der Demokratie in den betroffenen Gesellschaften" (Meyer 2009, 12) zu fragen.

Damit verschiebt sich der Blick auf Demokratie: Entscheidend ist nicht nur, ob demokratische Institutionen formal bestehen, sondern auch, ob Menschen über die sozialen Voraussetzungen verfügen, um ihre Rechte tatsächlich wahrnehmen zu können. So kann Armut etwa dazu führen, dass Menschen politische Beteiligungsmöglichkeiten gar nicht wahrnehmen können, weil der Alltag von existenziellen Sorgen – zum Beispiel um die Wohnung –, Behördenwegen oder Mehrfachbelastungen geprägt ist und dafür Zeit, Kraft und Ressourcen fehlen.

Dieses Verständnis ist bedeutsam, weil es Demokratie nicht auf formale politische Rechte beschränkt, sondern danach fragt, unter welchen sozialen Bedingungen demokratische Gleichheit überhaupt eingelöst werden kann. Wenn soziale Ungleichheit wächst, geraten die tatsächlichen Möglichkeiten gleichberechtigter politischer Teilhabe zunehmend unter Druck. Soziale Ungleichheit ist ein demokratisches Problem – ein Problem, mit dem sich das Konzept der Postdemokratie beschäftigt.

WAS IST POSTDEMOKRATIE?

Der britische Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch beschäftigt sich seit vielen Jahren mit den Veränderungen der Demokratie seit den 1970er-Jahren. Weit über die Grenzen des Vereinigten Königreichs bekannt geworden ist er mit der Diagnose der Postdemokratie, die er wie folgt definiert:

„ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden […], in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt." (Crouch 2008, 10)

Laut Colin Crouch begünstigt vor allem die steigende sozioökonomische Ungleichheit einen Verfall der zentralen demokratischen Werte. Und er warnt daher davor, Staaten nur als "demokratisch" oder "nicht demokratisch" zu betrachten, sondern bezeichnet sie stattdessen als Postdemokratien. **Denn nur weil Wahlen stattfinden, heißt das nicht, dass es kein Demokratiedefizit geben kann.**

Ein weiteres Problem: Dieses Demokratiedefizit ist, so Crouch weiter, nicht leicht zu erkennen – anders als beim sofortigen Abbau demokratischer Institutionen, zum Beispiel bei der Ausschaltung des Parlaments.

Unternehmen bzw. Reiche üben Druck auf die Politik aus, Maßnahmen in ihrem Sinne zu setzen oder nicht zu setzen – denken wir an Umweltstandards, an das Arbeitsrecht oder die Vermögensbesteuerung. Die Verlierer*innen sind ganz klar Bürger*innen der Demokratien, die unfreiwillig immer weiter in die Postdemokratie rutschen – und Betroffene sind oft die unteren Einkommensschichten. Denn sie sind es, die auf einen Ausbau anstatt eines "wirtschaftlich legitimierten" Abbaus des Sozialstaates angewiesen wären.

Gleichzeitig beobachtet Crouch, dass Institutionen der Kontrolle ausgehöhlt werden: Sie bleiben bestehen, können aber nicht an den richtigen Stellen eingreifen. Diese postdemokratischen Mechanismen bewirken einen Vertrauensverlust in die Regierenden als Ganzes, da ihre Legitimation als Repräsentant*innen der Bevölkerung zunehmend von der Bevölkerung in Zweifel gezogen wird (Crouch 2020a).

WIE SICH DIE POSTDEMOKRATIE ENTWICKELT

Laut Colin Crouch stellt die Postdemokratie eine ernste Gefahr für unser demokratisches System dar, weil sie das Vertrauen in die Demokratie untergräbt. Diese Abnahme des Vertrauens kann in Österreich bereits seit mehreren Jahren beobachtet werden, wie die Ergebnisse des Demokratie-Monitors zeigen (Österreichischer Demokratie-Monitor 2024). Gleichzeitig glaubt die überwiegende Mehrheit nach wie vor an die Demokratie als Staatsform, empfindet die eigene Partizipation daran jedoch als wenig wirkungsstark. Ein sinkendes Vertrauen in die Politik stellt eine Bedrohung für die gesamte Gesellschaft eines Staates dar. Immer öfter führt es zu Protesten außerhalb der Strukturen, die man als fehlerhaft wahrnimmt. Im Fall der Demokratie bedeutet dies häufig: Wahlverweigerung, Radikalisierung und Zulauf für autokratische Bewegungen (Hombach 2019, 114). Dies ist weltweit insbesondere im Zuge der Covid-Pandemie deutlich geworden: Die Unzufriedenheit mit dem Handeln der Regierenden führte zur weiteren Beschleunigung des Vertrauensverlustes und damit zu weniger Partizipation der Bürger*innen (Kern 2025, 2, 25). Studien können zwar keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen einem niedrigen Vertrauen in die Politik und Präferenzen für alternative Staatsformen feststellen, dass Misstrauen in die Politik aber zu einer Ablehnung des existierenden Systems führen kann, ist bestätigt (Van der Meer and Janssen 2025).

Das Vertrauen der Österreicher*innen in die heimische Demokratie

musste in den letzten Jahren einige herbe Rückschläge einstecken. Der lauteste Weckruf für die Anzeichen der sich anbahnenden österreichischen Postdemokratie erklang am 17. Mai 2019 „als der Name einer spanischen Insel zum Symbol für eine Innenpolitik wurde, die sich weniger an den Wünschen der Bevölkerung orientiert als am Eigeninteresse“ (Ingruber 2022, 23). Auch die rasch folgende Pandemie hatte fatale Auswirkungen auf das Vertrauen der Österreicher*innen in das Funktionieren der Politik. Laut den Ergebnissen des Österreichischen Demokratie-Monitors 2025 des Foresight Instituts finden fast zwei Drittel (63 % der Befragten), dass das politische System in Österreich weniger gut oder gar nicht gut funktioniert. Hingegen sind lediglich 35 % der Meinung, dass das politische System ziemlich gut oder sehr gut funktioniert. 2018 – vor Ibiza und Covid – vertrauten noch 64 % dem politischen System. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Demokratie als Staatsform per se abgelehnt wird. Rund neun von zehn Menschen (89 %) halten sie immer noch für die beste Staatsform (Zandonella 2025, 2, 9).

Eine negative Entwicklung zeigt sich auch hinsichtlich der Zahlen zur Repräsentation: Nur 31 % der Österreicher*innen fühlen sich im Parlament gut vertreten (2018 waren es noch 61 %). Demgegenüber finden 64 %, es brauche mehr Beteiligungsmöglichkeiten (Zandonella 2025, 2, 3, 10).

Der nächste Schritt der Postdemokratie ist laut Crouch die Ära der technokratischen Eliten und großen Unternehmen, die zunehmend an politischem Einfluss gewinnen. Wenn die Demokratie nur noch eine Fassade ist und echte Macht in den Händen weniger konzentriert wird, verliert die Bevölkerung nicht nur den Glauben an die politische Teilhabe, sondern auch das Fundament der Freiheit und Gleichheit, auf dem unsere Gesellschaft aufgebaut ist. Crouch warnt ebenfalls vor dem großen Potenzial, das sich für antidemokratische Bewegungen auftun kann. Er beschreibt dabei vor allem die Tendenz, dass sich “extrem Rechte” als jene Kraft inszenieren, „[…] die außerhalb der geschlossenen Welt der politischen Eliten steht, die für und mit den Menschen spricht und der es gelingt, jener formlosen Masse in der Mitte moderner Gesellschaften Identität zu verleihen“ (Crouch 2020a, 151). Dies geht für Crouch mit einer zunehmenden Salonfähigkeit rassistischer und populistischer Bewegungen einher.

Im österreichischen Kontext zeigt sich diese Entwicklung auch darin, dass rechtsextreme Positionen nicht nur in organisierten Szenen bestehen, sondern teils eine breitere gesellschaftliche Anschlussfähigkeit entfalten. Im Rechtsextremismus-Bericht des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) für das Jahr 2024 heißt es:

*„Manches Ergebnis ist demokratiepolitisch durchaus bedenklich, etwa wenn 29 % der Befragten finden, ‘Muslimen und Musliminnen sollte die Zuwanderung nach Österreich untersagt werden’, 38 % nicht neben Rom*nja und Sinti*zze wohnen wollen und 42 % finden, dass Israels Politik in Palästina genauso schlimm sei, wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg, eine Aussage, die von Gerichten immerhin als Straftatbestand nach dem Verbotsgesetz ausgelegt werden könnte.” (DÖW 2026, 81)*

Gleichzeitig ist die Zahl der rechtsextremen Tathandlungen seit dem Jahr 2015 deutlich angestiegen, wie regelmäßige parlamentarische Anfragen zeigen.

AUSWEGE?

Crouch formuliert in seiner Theorie der Postdemokratie klare Auswege aus der Abwärtsspirale der Demokratie: „alternative Möglichkeiten der Artikulation von Unzufriedenheit und der politischen Mobilisierung“ (Crouch 2020a, 151). **Kurzum braucht es neue Wege, wie sich insbesondere Menschen des unteren ökonomischen Drittels beteiligen und ermächtigen können, damit auch sie repräsentiert sind und ihre Stimmen und Anliegen gehört werden. Nur so kann Vertrauen in die Demokratie zurückgewonnen werden.**

Die Volkshilfe arbeitet daran, solche Wege der Partizipation und politischen Ermächtigung für armutsbetroffene Menschen zu entwickeln und umzusetzen. Wie diese aussehen, wird im Rahmen dieses Policy Papers beschrieben. Zunächst muss allerdings geklärt werden, warum und auf welche Weise armutsgefährdete Menschen von politischer und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind.

ARMUT UND SOZIALE UNGLEICHHEIT IN ÖSTERREICH

ARMUT UND SOZIALE UNGLEICHHEIT IN ÖSTERREICH

GIBT ES KINDERARMUT UND ARMUT IN EINER WOHLSTANDSGESELLSCHAFT WIE ÖSTERREICH? SIND NICHT NUR OBDACHLOSE WIRKLICH ARM IN ÖSTERREICH? IST ARMUT NICHT ETWAS, WAS NUR EINEN KLEINEN BRUCHTEIL DER BEVÖLKERUNG BETRIFFT? UND WAREN NICHT FRÜHER ALLE ARM UND TROTZDEM GLÜCKLICH?

Solche und andere Fragen und Argumente können im Zusammenhang mit Armut/Kinderarmut in Österreich häufiger gehört werden. Die Antwort hängt davon ab, was unter "Armut" verstanden wird – meint es vor allem **absolute Armut** und die Nichtbefriedigung von den Grundbedürfnissen Essen, Wohnen und Kleidung, dann sind in Österreich besonders wohnungs- oder obdachlose Personen betroffen. 2024 waren rund 21.000 Personen in Österreich als obdach- oder wohnungslos registriert (Statistik Austria 2025a). Angesichts des hohen Wohlstandsniveaus in Österreich ist diese Definition von Armut aber zu eng gefasst, um über die soziale Absicherung von Menschen zu sprechen. Daher nimmt die Sozialstatistik **relative Armut** in den Blick, die am allgemeinen Lebensstandard der jeweiligen Gesellschaft gemessen wird.

WAS IST ARMUT IN EINER REICHEN GESELLSCHAFT?

Die Europäische Union definiert "in Armut lebende Personen", in einer Entscheidung aus dem Jahr 1975 als „Einzelpersonen oder Familien, die über so geringe Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat als Minimum annehmbar ist, in welchem sie leben" (Rat der Europäischen Gemeinschaften 1975). Diese Definition verweist auf ein entscheidendes Merkmal von Armut: Sie ist relativ. Armut im Globalen Süden sieht anders aus als Armut in Österreich. Welcher Mindestlebensstandard als akzeptabel angesehen wird, hängt immer vom Kontext des vorherrschenden Lebensstandards ab (Atkinson et al. 2002, 78).

Zahlen zu Armut in der Europäischen Union werden jährlich im Rahmen der EU-SILC-Befragung[1] erhoben und bilden eine wichtige Grundlage für sozialpolitische Entscheidungen. Besonders relevant ist hier die sogenannte Armutsgefährdung.

ARMUTSGEFÄHRDUNGSSCHWELLE IN ÖSTERREICH

Die Armutsgefährdungsschwelle bezieht sich auf das verfügbare sowie bedarfsgewichtete Nettoeinkommen eines gesamten Haushalts. Dabei wird jede Art von Einkommen und Sozialleistungen aller Personen im Haushalt zusammengerechnet und die anfallenden Steuern werden abgezogen. Um Haushalte verschiedener Größe vergleichbar zu machen, wird außerdem berücksichtigt, dass Haushalte mit mehr Menschen mehr Geld benötigen, aber auch mehr Geld zur Verfügung haben (zum Beispiel durch höhere Transferleistungen) und sich gewisse Skaleneffekte ergeben (zwei Personen in einem Haushalt bedeutet beispielsweise nicht, dass zwei Waschmaschinen oder zwei Kühlschränke gebraucht werden).

Beim Vergleich dieses sogenannten äquivalisierten (Netto-)Haushaltseinkommens kann der österreichische Median bestimmt werden. Von diesem ausgehend wird die Armutsgefährdungsschwelle bestimmt: Sie ist bei 60 % des verfügbaren äquivalisierten Netto-Medianeinkommens in Österreich festgelegt. Wer also weniger als 60 % dieses Wertes im Monat zur Verfügung hat, gilt als armutsgefährdet und hat ein erhöhtes Risikio in Armut zu geraten – also vom üblichen Lebensstandard in Österreich ausgeschlossen zu werden.

Für einen Einpersonenhaushalt lag die Armutsgefährdungsschwelle in Österreich im Jahr 2025 bei 1.827 Euro pro Monat. Für Mehrpersonenhaushalte steigt diese Zahl entsprechend der Haushaltsgröße an: Für jede*n weitere*n Erwachsene*n wird der Faktor von 0,5 und für Kinder unter 14 Jahren ein Faktor von 0,3 angenommen. Beispielhaft bedeutet das für Jahr 2025:

Beispielrechnungen Armutsgefährdungsschwelle für unterschiedliche Haushaltstypen für das Jahr 2025

Haushaltstyp	Faktor	Monatswert
1-Personen-Haushalt	1,0	1.827 €
1 Erwachsene/r + 1 Kind	1,3 (1+0,3)	2.375 €
1 Erwachsene/r + 2 Kinder	1,6 (1+2*0,3)	2.923 €
2 Erwachsene	1,5 (1+0,5)	2.741 €
2 Erwachsene + 1 Kind	1,8 (1+0,5+0,3)	3.289 €
2 Erwachsene + 2 Kinder	2,1 (1+0,5+2*0,3)	3.837 €

(Eigene Berechnungen basierend auf Statistik Austria 2026)

ZU ERMITTELN, WER EIN VERHÄLTNISMÄSSIG NIEDRIGES EINKOMMEN HAT, REICHT ALLERDINGS NICHT AUS, UM ZU BESTIMMEN, WIE VIELE MENSCHEN TATSÄCHLICH VON ARMUT BEDROHT SIND.

Viele Faktoren, wie zum Beispiel gesundheitliche Unterschiede, Verschuldung oder Wohnkosten, spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. In Österreich und anderen EU-Mitgliedstaaten werden daher zwei zusätzliche Indikatoren für die Armut im Land verwendet: die erhebliche soziale und materielle Deprivation und keine oder eine geringe Erwerbsintensität. **Alle drei Aspekte (Armutsgefährdung, erhebliche materielle/soziale Deprivation und keine/geringe Erwerbsintensität) gehören zu dem Indikator "armuts- oder ausgrenzungsgefährdet".**

Unter *erheblicher sozialer und materieller Deprivation* wird der "erzwungene Mangel an notwendigen und wünschenswerten" Gegenständen, Diensten oder sozialen Tätigkeiten verstanden, die für den europäischen Mindestlebensstandard benötigt werden. Fehlen sieben der 13 definierten Merkmale, gilt ein Haushalt als "erheblich materiell und sozial benachteiligt". Dazu zählen zum Beispiel die finanzielle Fähigkeit, unerwartete Ausgaben, wie Reparaturen oder Arztrechnungen bezahlen zu können, oder jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vegetarische Alternativen essen zu können.

Als letzter Indikator wird die Erwerbsintensität hinzugezogen. Haushalte mit *keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität* sind jene, die weniger als 20 % ihres gesamten jährlichen Erwerbspotenzials nutzen: zum Beispiel ein alleinerziehendes Elternteil, das aufgrund fehlender Kinderbetreuung weniger als 20 % der eigenen potenziellen Erwerbsarbeitszeit tatsächlich nutzen kann. Auch diese Gruppe gehört zu den Personen, die armuts- oder ausgrenzungsgefährdet sind.

1 EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) ist eine jährlich durchgeführte Erhebung zu Einkommen, Armut und Lebensbedingungen von Haushalten und Personen. Für Österreich werden diese Daten durch die Statistik Austria erhoben.

Aktuelle Zahlen zur sozialen Lage in Österreich (2025)

Indikator	Betroffene Menschen in Zahlen	Anteil der Gesamtbevölkerung (%)
Armutsgefährdung	1.441.000 Menschen	15,9 %
Erhebliche materielle und soziale Benachteiligung	261.000 Menschen	2,9 %
Keine oder sehr niedrige Erwerbsintensität	444.000 Menschen	6,9 %
Insgesamt armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Menschen in Österreich	1.686.000 Menschen	18,6 %

(Statistik Austria 2026, 82f)

Es ist wichtig, festzuhalten, dass die EU-SILC-Studie eine Haushaltsbefragung ist. Das bedeutet, dass obdachlose Menschen und Menschen in Anstalten oder Heimen, wie zum Beispiel Kinder in Wohngruppen, nicht berücksichtigt werden – sie sind "unsichtbar" für die Statistik.

Ein besonders **hohes Risiko für Armutsgefährdung** haben zum Beispiel

- Menschen mit Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle,
- Personen, in einem Haushalt mit Menschen ohne österreichische Staatsbürger*innenschaft bzw. Personen mit Drittstaaten-Staatsbürger*innenschaft,
- Alleinerziehende/Ein-Elternhaushalte,
- Personen in Mehrpersonenhaushalt (mit mindestens drei Kindern);
- auch Frauen haben weiterhin ein höheres Armutsrisiko als Männer.

(Statistik Austria 2026, 78-79)

KINDERARMUT

Auch Kinder sind mit höherer Wahrscheinlichkeit von Armut oder materieller/sozialer Ausgrenzung gefährdet als die Gesamtbevölkerung. Im Jahr 2025 waren 24 % der Kinder unter 18 Jahren in Österreich armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. In absoluten Zahlen waren das 2025 ca. 395.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Kinderarmut betrifft alle Lebensbereiche von Kindern – ihre Gesundheit, ihre Teilhabe, die materielle Absicherung und ihre Bildungswege. Daraus entstehende Ungleichheiten können Betroffene ein Leben lang begleiten. Eine Langzeitstudie (über 20 Jahre hinweg) aus Deutschland zeigt, dass Kinder, die in Armut aufwachsen, ein wesentlich höheres Risiko haben, als junge Erwachsene ebenfalls armutsbetroffen zu sein, als Kinder, die nicht unter Armutsverhältnissen groß werden (Volf et al. 2019, 13f).

Für Österreich gibt es keine vergleichbare Studie, aber die OECD zeigt, dass Österreichs soziale Mobilität besonders gering ist. Für Nachkommen aus Familien im untersten Einkommensdezil dauert es in Österreich durchschnittlich fünf Generationen, um zumindest in die Mitte der Einkommensverteilung vorzudringen, in Dänemark sind es nur zwei Generationen (Förster and Königs 2020, 7).



WIE ARMUT UND DEMOKRATIE ZUSAMMENHÄNGEN

WIE ARMUT UND DEMOKRATIE ZUSAMMENHÄNGEN

ARMUT IST ALSO IN UNSERER GESELLSCHAFT KEIN EINZELFALL, SONDERN HAT STRUKTURELLE URSACHEN. IM KAPITEL ZUR POSTDEMOKRATIE WURDE SCHON DEUTLICH, DASS SOZIALE UNGLEICHHEIT FRAGEN VON POLITISCHER MITBESTIMMUNG BERÜHRT. IM FOLGENDEN KAPITEL SEHEN WIR UNS NUN GENAUER AN, WELCHE FOLGEN ARMUT UND SOZIALE UNGLEICHHEIT FÜR DIE DEMOKRATIE HABEN.

Wie bereits ausgeführt, ist der Gleichheitsanspruch ein zentraler Wert der Demokratie – also die gleichberechtigte Teilhabe der Bürger*innen am gesamten politischen Prozess. Hier sieht der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch wachsende Probleme.

DEMOKRATIE, GLEICHHEITSANSPRUCH UND UNGLEICHHEIT

In liberalen Demokratien besteht der Gleichheitsanspruch nicht nur aus den gesetzlich geregelten, formellen Prozessen der Wahl, sondern auch in zahlreichen Formen informeller Partizipation. Zu diesen informellen Prozessen gehören zum Beispiel Lobbying oder das Ausüben von (politischem) Druck. Crouch beschreibt diesen informellen Prozess als „alles, was die Welt der Regierung zwischen den Wahlen mit dem Rest der Gesellschaft verbindet" (Crouch 2020b, 75). **Die Gefahr hierbei ist, dass es keine Mechanismen gibt, die den Gleichheitsanspruch garantieren.** Frühe liberale Denker*innen nahmen an, dass diese informelle Einflussnahme kein Problem darstellt, weil genügend Gruppen diese Wege nutzen und somit keine einzelnen Interessen stärker vertreten sein würden – ähnlich einem "freien Markt" der Interessenvertretung. Dass dem nicht so ist, zeigen uns viele Studien. In der Realität der Postdemokratie wird der demokratische Wert der "Gleichheit" zugunsten von sozioökonomischen Eliten verzerrt. In modernen Demokratien wie in Österreich bedeutet dies nicht, dass (wie in der Antike oder in bestimmten Phasen der Monarchie) ab einer gewissen Einkommensgrenze plötzlich zwei Stimmen bei Wahlen abgegeben werden dürfen. Es bedeutet allerdings sehr wohl, dass reichere Menschen mehr Möglichkeit haben, politische Parteien finanziell zu unterstützen und Zuspruch für ihre Anliegen zu erzeugen. **Anders gesagt: Wer viel Geld hat, kann viel Lobbying betreiben und hat bessere Chancen, gehört zu werden.**

ARMUT ALS PRÜFSTEIN FÜR EINE SOZIALE DEMOKRATIE

Armut ist eine zugespitzte Form sozialer Ungleichheit. Sie bedeutet nicht nur weniger Geld, sondern weniger Handlungsspielräume, weniger Zeit, weniger Sicherheit und oft auch weniger politische Wirksamkeit. Genau hier berührt die soziale Frage die demokratische Frage: Wenn politische Einflussmöglichkeiten ungleich verteilt sind, bleibt Demokratie zwar formal bestehen, sie wird aber in ihrer Substanz ausgehöhlt. Demokratische Institutionen funktionieren zwar weiterhin, doch die reale Gestaltungsmacht liegt zunehmend bei jenen, die über ökonomische Ressourcen, Netzwerke und öffentliche Sichtbarkeit verfügen. Umgekehrt nimmt die politische Wirksamkeit ab, je weniger ökonomische Ressourcen vorhanden sind. Dieser Zusammenhang besteht nicht nur bei Erwachsenen, sondern auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Das Verhältnis von Armut und Demokratie zeigt sich auf vielfältige Weise. In diesem Kapitel werden wir auf folgende Verknüpfungen zwischen Armut und Demokratie eingehen:

- Armutsbetroffene nehmen seltener an formalen politischen Prozessen, wie zum Beispiel Wahlen, teil.
- Das Vertrauen Armutsbetroffener in die Demokratie ist geringer als im Bevölkerungsdurchschnitt.
- Die Politik vertritt seltener die Interessen von Menschen mit geringeren ökonomischen Ressourcen.
- Niedriges Einkommen, Migrationsgeschichte und fehlendes Wahlrecht überschneiden sich häufig.

GERINGERE WAHLBETEILIGUNG UNTER ARMUTSBETROFFENEN

Bei der Nationalratswahl 2024 gingen 77,7 % der Wahlberechtigten zur Wahl, was einen leichten Anstieg im Vergleich zur Nationalratswahl von 2019 darstellt. Für die Wien-Wahlen untersuchten die beiden Forscherinnen Martina Zandonella und Tamara Ehs (2021) die Wahlbeteiligung unterschiedlicher Gruppen. Sie zeigen für die Landtags- und Gemeinderatswahlen 2020, dass die Wahlbeteiligung räumlich und sozial ungleich verteilt war: Bezirke mit höherem Durchschnittseinkommen, höherem Akademiker*innenanteil und niedrigerer Arbeitslosigkeit wiesen deutlich höhere Wahlbeteiligungsraten auf, während Bezirke mit geringeren sozioökonomischen Ressourcen auch bei der Wahlbeteiligung zurücklagen. Das sei darauf zurückzuführen, dass Beschäftigungsstatus bzw. Arbeitslosigkeit, formale Bildung und gesellschaftlicher Status beeinflussen, ob Menschen Vertrauen in demokratische Institutionen entwickeln und ob sie politische Beteiligung als wirksam erleben. (ebd.)

DAS PROBLEM: DURCH DIE KOMBINATION AUS GERINGERER WAHLBERECHTIGUNG UND GERINGERER WAHLBETEILIGUNG WAREN NUR RUND 40 % DER STIMMEN DER MENSCHEN IM UNTEREN CLUSTER IN DEN INSTITUTIONEN DER REPRÄSENTATIVEN DEMOKRATIE VERTRETEN.

Auch auf gesamtösterreichischer Ebene bestätigen Habersack et al. (2021) auf Basis der Austrian National Election Study, dass insbesondere die Wahrnehmung von ökonomischer Deprivation die Wahlteilnahme senkt: Personen, die ihre wirtschaftliche Lage als benachteiligt erleben, enthalten sich häufiger der Stimme, wobei der Effekt davon abhängt, ob diese Benachteiligung als individuelles Scheitern oder als Teil gesellschaftlicher Ungleichheit wahrgenommen wird. Sie schreiben: "Alternatively, those able to connect their condition to a wider societal assessment take a conflict perspective and turn out in hopes for a better future. As such, they are more politically motivated and thus participate" (ebd., 2021).

Armutsbetroffene Menschen nehmen aber nicht nur seltener an Wahlen teil, sondern sind auch bei anderen Formen politischer Beteiligung strukturell benachteiligt. Denn politische Beteiligung setzt Ressourcen voraus: Zeit, Wissen, soziale Netzwerke, politische Selbstwirksamkeit und die Erfahrung, dass die eigene Stimme zählt. Zandonella und Ehs schreiben, das gelte für Wahlen, „und noch einmal stärker für aufwendigere Beteiligungsformen wie Bürgerinitiativen oder Konsumboykott" (Zandonella and Ehs 2021, 63).

GERINGES DEMOKRATIEVERTRAUEN UNTER ARMUTSBETROFFENEN

Nichtwähler*innen geben häufig ihr fehlendes Vertrauen in die Politik als Grund für ihr Fernbleiben von Wahlen an. Dieses fehlende Vertrauen wird von der Wahrnehmung hervorgerufen und bestärkt, mit der eigenen Stimme so oder so nichts bewirken zu können ("Political Efficacy"), und von dem Gefühl, von der Politik vernachlässigt zu werden. Besonders wahr ist dies für Menschen am unteren Ende des Einkommensspektrums: eigene Lebensrealitäten und Probleme scheinen von der Politik weder angesprochen noch gesehen zu werden. Die eigene Repräsentation scheint von niemandem auf dem Wahlzettel gewährleistet. Bestärkt wird das Misstrauen gegenüber der Politik schließlich durch die persönliche Erfahrung von sozialen Kränkungen durch staatliche Institutionen wie Polizei, Sozialamt oder Jugendamt. Das Ergebnis ist ein berechtigtes Gefühl, anders behandelt zu werden als Menschen mit höherem Einkommen:

FÜR ARMUTSBETROFFENE MENSCHEN GEHÖRT ES ZUM ALLTAG, VOM GESELLSCHAFTLICHEN VERSPRECHEN DES GLEICHHEITSANSPRUCHS AUSGESCHLOSSEN ZU SEIN. ENTSPRECHEND GERING IST DAS VERTRAUEN VON ÖKONOMISCH BENACHTEILIGTEN PERSONEN IN DAS POLITISCHE SYSTEM

Während im oberen und mittleren Einkommensdrittel 50 % respektive 38 % finden, dass das politische System ziemlich bzw. sehr gut funktioniert, sind es im unteren Einkommensdrittel lediglich 19 % (Zandonella 2025, 5).

… auch im Kindes- und Jugendalter

Junge Menschen (6 bis 29 Jahre) fühlen sich in Österreich nicht von der Politik repräsentiert und 42 % wünschen sich mehr politische Mitbestimmung (Zandonella 2024, 36). Wie bei Erwachsenen gilt das auch bei jungen Menschen nicht für alle Einkommensgruppen in gleichem Ausmaß. Während rund die Hälfte (49 %) der 16- bis 26-Jährigen aus finanziell gut abgesicherten Haushalten denkt, dass das politische System in Österreich gut funktioniert, sind unter jenen, deren finanzielle Ressourcen knapp sind oder nicht ausreichen, nur ein Drittel (32 %) dieser Meinung (Zandonella and Bohrn 2026, 10). Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Vertrauen von jungen Menschen in die politischen Institutionen in Österreich. Auch hier gilt: je schlechter die finanzielle Lage der 16- bis 26-Jährigen, desto geringer ist ihr Vertrauen. Am größten ist der Unterschied zwischen den Einkommensgruppen beim Vertrauen in den Bundespräsidenten: Während junge Menschen aus finanziell gut abgesicherten Haushalten zu 70 % angeben, dem Bundespräsidenten sehr oder ziemlich zu vertrauen, sind es bei jenen, wo das Einkommen nur knapp oder gar nicht ausreicht, nur 41 %. In die Bundesregierung vertrauen 42 % der finanziell gut abgesicherten und nur 32 % der finanziell nicht gut abgesicherten jungen Menschen (Zandonella and Bohrn 2026, 14).

Menschen mit geringem Haushaltseinkommen haben besonders oft das Gefühl, dass ihre Interessen nicht gut im politischen System abgebildet sind. Und auch hier gilt dieser Zusammenhang für junge Menschen: 38 % der 16- bis 26-Jährigen aus finanziell gut abgesicherten Haushalten sehen sich im Parlament sehr oder ziemlich gut vertreten – unter jenen mit knappem oder nicht ausreichendem Einkommen sind es nur 25 % (Zandonella and Bohrn 2026, 18). Hier bestehen übrigens auch deutliche Unterschiede in Bezug auf das Geschlecht: 39 % der jungen Männer, jedoch nur 27 % der jungen Frauen sehen sich im Parlament sehr oder ziemlich gut vertreten.

Ähnlich wie beim Institutionenvertrauen und der Repräsentationswahrnehmung ist auch der Glaube an die politische Selbstwirksamkeit stark von den Lebensrealitäten junger Menschen geprägt. Unter jenen, die finanziell gut abgesichert sind, denken 58 %, dass sie mit politischer Beteiligung etwas bewirken können. Junge Menschen mit knappen oder nicht ausreichenden Haushaltseinkommen sind nur zu 40 % dieser Ansicht (Zandonella and Bohrn 2026, 22). Die politische Wirksamkeitserwartung sinkt also mit dem Einkommen – und das gilt auch für den Alltag: Auch in der Schule, der Ausbildung oder im Arbeitsleben sehen sich junge Menschen mit niedrigerem Einkommen weniger in der Lage, mitbestimmen zu können oder gehört zu werden (Schwarz 2024).

GLEICHZEITIG WÄRE ES FALSCH, ZU SAGEN, DASS SICH DIE JUNGEN MENSCHEN ÖSTERREICHS EINFACH NICHT GESELLSCHAFTSPOLITISCH EINBRINGEN WOLLEN. INSGESAMT ENGAGIERT SICH FAST JEDE*R ZWEITE (48 %) IN SPORT-, KULTUR- ODER RELIGIÖSEN VEREINEN, NGOS, JUGENDORGANISATIONEN ODER ÄHNLICHEM UND TROTZ DER ZUNEHMEND PREKÄREN LAGE IST DIESE ZAHL NICHT GESUNKEN.

Neben dem Spaßfaktor dieses Engagements geben die 16- bis 29-Jährigen als Grund an, einen Beitrag leisten und etwas verändern zu wollen (Schwarz 2024).

Junge Menschen wollen also einen Beitrag für unsere demokratische Gesellschaft leisten, verlieren aber zunehmend den Glauben, dass dies politisch machbar ist. Wer sich nicht repräsentiert, sondern im (politischen) System ignoriert fühlt, verliert das Vertrauen und somit den Glauben an den eigenen Gestaltungsspielraum innerhalb des Systems. Das wiederum kann zu einem Aufschwung von politischen Bewegungen gegen den Status quo führen, die im schlimmsten Fall von antidemokratischen Bewegungen mitgerissen werden (Crouch 2020a, 149; vgl. für Wien Reicher 2024).

GERINGERE REPRÄSENTATION DER INTERESSEN ARMUTSBETROFFENER

Wie bereits in der Analyse von Colin Crouch deutlich wurde, werden Wirtschaftsinteressen stärker von politischen Entscheidungsträger*innen beachtet. Auch empirische Studien zeigen: Die Zweifel daran, dass "Menschen wie ich" etwas bewirken können, sind berechtigt. Politische Entscheidungen tendieren dazu, die Interessen ökonomisch privilegierter Gruppen stärker zu repräsentieren – außer die Präferenzen von Gruppen mit niedrigem Einkommen stimmen mit jenen von höheren Einkommensgruppen überein (vgl. beispielsweise Elsässer et al. 2018; Traber et al. 2022; Elsässer 2018).

Diese sogenannte "ungleiche Responsivität" hängt auch damit zusammen, welche Anliegen überhaupt politische Aufmerksamkeit erhalten. Traber et al. sprechen in diesem Zusammenhang von ungleicher Agenda-Repräsentation: Politische Akteur*innen greifen die Prioritäten sozial privilegierter Gruppen eher auf, während Anliegen statusniedriger Gruppen seltener zum Gegenstand politischer Bearbeitung werden. Das hat weitreichende Folgen für den gesamten Prozess politischer Repräsentation (Traber et al. 2022, 368). Rosset (2022) verweist auf Basis seiner Metastudie mit Blick auf 13 westliche Demokratien darauf, dass negative Einschätzungen politischer Responsivität die Wahlteilnahme senken können – insbesondere bei niedrigen und mittleren Einkommensgruppen.

Für Österreich fehlt die belastbare empirische Evidenz zu ungleicher Responsivität nach Alter *und* Einkommen. Internationalen Studien legen jedoch nahe, dass junge Menschen aus einkommensarmen Haushalten in mehrfacher Hinsicht benachteiligt sein können: als junge Menschen, deren Anliegen in älter dominierten politischen Institutionen weniger selbstverständlich aufgegriffen werden, und als Angehörige ökonomisch benachteiligter Gruppen, deren politische Prioritäten generell seltener in politische Entscheidungen übersetzt werden.

ÜBERSCHNEIDUNGEN ZWISCHEN EINKOMMEN, MIGRATION UND FEHLENDEM WAHLRECHT

Weiters können sich viele, insbesonders junge Menschen nicht ins politische System einbringen, da sie nicht über eine österreichische Staatsbürgerschaft und somit über kein Wahlrecht verfügen. Insgesamt ist nahezu jede fünfte in Österreich lebende, über 16 Jahre alte Person nicht wahlberechtigt – das sind fast 1,5 Millionen Menschen, die von demokratischer Teilhabe ausgeschlossen sind. Der Anteil der nicht wahlberechtigten Wohnbevölkerung ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen und befindet sich mittlerweile auf einem Höchststand (ORF.at 2024).

In Wien leben besonders viele Menschen, die nicht an Wahlen teilnehmen dürfen. Hier sind es 33 %, die aufgrund einer fremden Staatsangehörigkeit von Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatswahlen ausgeschlossen sind (Stadt Wien 2023, 61). Mehr als die Hälfte davon lebt bereits länger als zehn Jahre in Österreich. Innerhalb der jüngeren Altersgruppen ist der Anteil der Nichtwahlberechtigten am größten.

UNTER DEN 16- BIS 24-JÄHRIGEN WIENER*INNEN SIND FAST 40 % VON WAHLEN AUSGESCHLOSSEN – DAS IST FAST JEDE*R ZWEITE (STADT WIEN 2023, 62).

Der hohe Anteil der jungen Personen in der Gruppe der Nichtwahlberechtigten liegt daran, dass jüngere Personen häufiger nach Österreich zuwandern. Doch es gibt auch viele junge Menschen, die bereits in Österreich geboren sind, aber dennoch kein Wahlrecht haben. Auch dieser Anteil ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Im Jahr 2023 lebten über 100.000 Menschen in Wien, die in Österreich geboren wurden, aber nicht über eine österreichische Staatsbürgerschaft verfügen. Etwas mehr als 27.000 davon sind im wahlfähigen Alter – sie können sich also nicht am demokratischen System des Landes beteiligen, in dem sie ihr ganzes bisheriges Leben verbracht haben (Stadt Wien 2023, 64).

Die Auswertungen der Stadt Wien und von Statistik Austria zeigen außerdem, dass der Anteil der Nichtwahlberechtigten in verschiedenen Wiener Gemeindebezirken unterschiedlich hoch ist. In diesen vier Bezirken sind jeweils mehr als 40 % der Wohnbevölkerung von Wahlen ausgeschlossen: im 5. Bezirk (Margareten), im 10. Bezirk (Favoriten), im 20. Bezirk (Brigittenau) und im 15. Bezirk (Rudolfsheim-Fünfhaus). Im 15. Wiener Gemeindebezirk ist der Anteil der nicht wahlberechtigten Bevölkerung mit fast 44 % am höchsten (Stadt Wien 2023, 65).

Was die genannten Bezirke gemeinsam haben: Sie weisen nicht nur einen besonders hohen Anteil an Bewohner*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit auf, sondern zählen auch zu den ärmsten Bezirken der Stadt (Stadt Wien 2026). Das liegt daran, dass Menschen mit Migrationsgeschichte ein niedrigeres Durchschnittseinkommen und eine höhere Armutsgefährdung haben (Statistik Austria 2026). Studien zeigen, dass Migrant*innen deutlich häufiger in gering bezahlten Berufen arbeiten. In Wien sind beispielsweise zwei Drittel der Hilfsarbeiter*innen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (Stögner and Kowall 2023, 60). Österreichweit verfügen 37,4 % der Arbeiter*innen nicht über ein Wahlrecht, während es bei Angestellten und Beamt*innen nur 13,3 % sind (Stögner and Kowall 2023, 63).

Demokratische Legitimität hängt entscheidend davon ab, dass sich breite Teile der Bevölkerung an politischen Prozessen beteiligen. Je mehr Menschen wählen gehen, desto stärker wird dieser Anspruch einer repräsentativen Demokratie eingelöst – und desto geringer ist die Gefahr, dass ihre Legitimität und Stabilität durch ungleiche politische Teilhabe untergraben werden (Kronenberg et al. 2019, 2f; Lijphart 1997, 1ff). Armut gefährdet diese Legitimität.



ARMUT UND DEMOKRATIE – AKTIVITÄTEN DER VOLKSHILFE

ARMUT UND DEMOKRATIE – AKTIVITÄTEN DER VOLKSHILFE

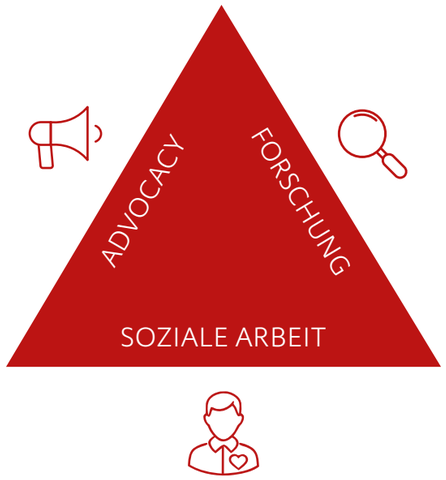
ALS EINE DER GRÖSSTEN SOZIALORGANISATIONEN ÖSTERREICHS HAT DIE VOLKSHILFE TÄGLICH MIT MENSCHEN ZU TUN, DIE VON ARMUT ODER MATERIELLER UND SOZIALER AUSGRENZUNG BETROFFEN SIND. ÖSTERREICHWEIT BIETEN VOLKSHELFER*INNEN ANGEBOTE AN, IN DENEN VERSCHIEDENSTE MENSCHEN, VON KINDERN UND JUGENDLICHEN BIS ZU MINDESTPENSIONIST*INNEN, ZU UNSEREN KLIENT*INNEN ZÄHLEN.

Um die Auswirkungen eines Lebens in Armut sichtbar zu machen, gibt es in der Bundesgeschäftsstelle der Volkshilfe den Bereich *Forschung und Sozialpolitik.* Mit unserem Team führen wir – zusammen mit den Klient*innen und den Kolleg*innen aus der Sozialen Arbeit oder den sozialen Diensten – wissenschaftliche Projekte durch. Was dabei immer im Fokus steht: die Perspektiven und Erfahrungen der Betroffenen.

Mit unseren wissenschaftlichen Projekten leisten wir nicht nur einen Beitrag zum Stand der Forschung über Armut und Ausgrenzung, sondern verleihen den Perspektiven und Forderungen von armutsgefährdeten Menschen in Österreich auch mehr Sichtbarkeit.

Die Daten, die wir dabei sammeln und auswerten, bilden eine wichtige Grundlage für die anwaltschaftliche Arbeit (Lobbying, Monitoring, Policy Practice) der Volkshilfe.

Im Rahmen der Lobbyarbeit kommunizieren wir sozialpolitische Forderungen an die Öffentlichkeit und an politische Entscheidungsträger*innen. Die Arbeit der Volkshilfe zeichnet sich also durch die Verknüpfung von Sozialer Arbeit und anderen sozialen Diensten, Forschung und anwaltschaftlicher Arbeit aus. Diese Herangehensweise ermöglicht es, Wissenschaft und Praxis miteinander zu verbinden, um somit positive Veränderungen für sozioökonomisch benachteiligte Menschen zu erreichen.



DREIECK-ANSATZ

In der Volkshilfe Österreich verknüpfen wir die Soziale Arbeit mit sozialwissenschaftlicher Forschung und der anwaltschaftlichen Arbeit. Dabei sprechen wir häufig von dem sogenannten "Dreieck-Ansatz" der Volkshilfe (Quelle: eigene Darstellung). Somit stellen wir sicher, dass die Forderungen, die wir an Öffentlichkeit und Politik kommunizieren, wissenschaftlich fundiert sind und auf den Lebensrealitäten unserer Klient*innen basieren.

NAH AN DER ZIELGRUPPE

Bei armutsgefährdeten Menschen handelt es sich um eine Gruppe, die wegen verschiedener sozialer Zugangsbarrieren, etwa aufgrund von Beschämung oder sozialer Ausgrenzung, oftmals schwer für die Wissenschaft erreichbar ist. Als Sozialorganisation hat die Volkshilfe über die Soziale Arbeit und andere soziale Dienste Kontakt mit diesen Zielgruppen. Das vereinfacht nicht nur die Vermittlung von Forschungsteilnehmer*innen, sondern erhöht auch die Datenqualität, da die Teilnehmenden die Volkshilfe-Mitarbeiter*innen bereits kennen und ihnen daher vertrauensvoller gegenüberstehen als Fremden. Über diesen Feldzugang konnten bereits zahlreiche Forschungsprojekte mit vulnerablen Personengruppen durchgeführt werden – etwa zu Fragen der finanziellen Absicherung, der sozialen Teilhabe, gesundheitlichen Folgen von Armut oder Anpassungsmöglichkeiten an den Klimawandel. Aufgrund unserer diversen Hintergründe im Forschungsteam der VHÖ decken wir ein breites Methodenspektrum ab. Sozialwissenschaftliche Fragestellungen können wir daher sowohl mit qualitativen als auch mit quantitativen Methoden erforschen.

NICHT NUR IM RAHMEN KLASSISCHER FORSCHUNGSPROJEKTE, SONDERN AUCH AUF ANDEREN WEGEN KOOPERIERT DIE VOLKSHILFE MIT MENSCHEN, DIE VON ARMUT BETROFFEN SIND.

Für ein Projekt zu den Perspektiven armutsbetroffener Menschen auf die Klimakrise wurden etwa eigens Beteiligungsformate entwickelt und durchgeführt. Mit den Formaten wurden Räume geschaffen, um einen Austausch zu klimapolitischen Fragestellungen zu ermöglichen – sowohl für die Betroffenen untereinander als auch zwischen Stakeholder*innen aus dem Sozial- und Klimabereich und Betroffenen. Ein wichtiges Ziel der Formate war es, Begegnungen zwischen Gruppen zu ermöglichen, die sonst nicht oft in Kontakt stehen, und Entscheidungsträger*innen im direkten Austausch mit Betroffenen für deren Lebensrealitäten zu sensibilisieren.

- Beim sogenannten "Beteiligungsfrühstück" erfolgte ein moderierter Austausch zwischen Klient*innen der Volkshilfe und Stakeholder*innen aus dem Klima- und Sozialbereich zu Fragen von Hitze- und Kältebelastungen.
- Die "aufsuchenden Klimagespräche" fanden in einer Wohneinrichtung für armutsbetroffene und/oder gewaltbetroffene Frauen der Volkshilfe Wien statt. In offenen Gesprächsrunden erfolgte ein Austausch zwischen den Teilnehmer*innen zu ihren Erfahrungen mit Energiearmut und Klimawandelanpassung.
- Im Rahmen eines qualitativen Nutzer*innentests konnten Klient*innen der Volkshilfe eine Website zum Thema Energiearmut testen, die sich zu diesem Zeitpunkt in der Entwicklung befand. Ihre Rückmeldungen flossen dann in die Gestaltung der Website mit ein, was zu einer erhöhten Nutzer*innenfreundlichkeit führte.

Im folgenden Teil geben wir einen Einblick in unsere Forschung zu den Politikvorstellungen von armutsbetroffenen Menschen. Wir stellen zwei Befragungen vor: eine quantitative und eine qualitative. Zunächst werden die Ergebnisse einer Umfrage unter Klient*innen der Volkshilfe zu deren Vorstellungen von Demokratie, politischer Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit präsentiert. Danach werden Fokusgruppen mit armutsbetroffenen Kindern zu deren Gerechtigkeits- und Politikvorstellungen vorgestellt.

UMFRAGE UNTER KLIENT*INNEN DER VOLKSHILFE

Um den Zusammenhang zwischen Armut und Demokratie weiterzuerforschen, führte die Volkshilfe eine quantitative Befragung unter armutsgefährdeten Klient*innen der Volkshilfe durch. Hierfür wurden österreichweit im Zeitraum August bis September 2024 telefonische sowie Onlinebefragungen mit 202 Respondent*innen durchgeführt. Es muss betont werden, dass die erhobenen Daten nicht repräsentativ für die österreichische Bevölkerung und nicht repräsentativ für die Gruppe der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen sind. Dennoch geben sie einen interessanten Einblick in die Perspektiven und Wahrnehmungen armutsbetroffener bzw. armutsgefährdeter Personen.

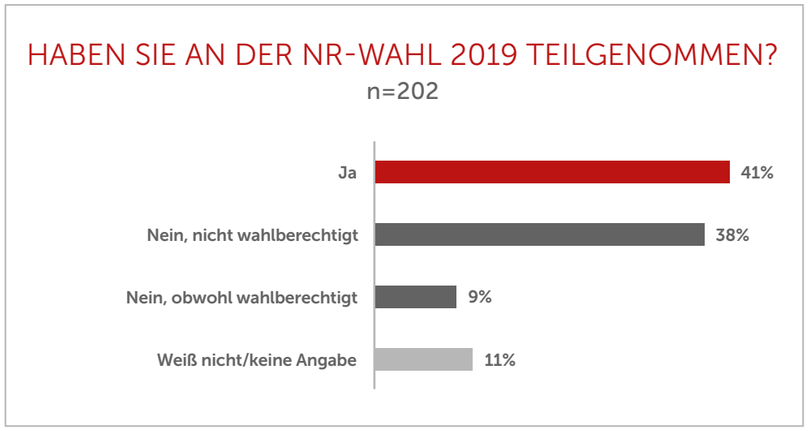
Soziodemografisches Profil

Von den Respondent*innen weisen 10 % hinsichtlich des Bildungsniveaus keinen formalen Bildungsabschluss auf, 22 % haben die Pflichtschule abgeschlossen, 32 % eine Berufsausbildung oder Fachschule, 16 % die Matura und 14 % eine Universität/FH absolviert (6 % Anderes/keine Angabe). Beim Vergleich dieser Zahlen mit der Gesamtbevölkerung zeigt sich, dass mehr Respondent*innen höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen als in der Gesamtbevölkerung. Hinsichtlich der Staatsbürger*innenschaft der Respondent:innen zeigt sich folgende Verteilung: 54 % Österreich, 23 % Drittstaat, 12 % EU/EWR/Schweiz und 11 % keine Angabe (n = 202). Dabei liegt der Anteil der Personen mit nichtösterreichischer Staatsbürger*innenschaft über dem Bevölkerungsdurchschnitt (Statistik Austria 2025b). Dass Personen mit nichtösterreichischer Staatsbürger*innenschaft und niedriger formaler Bildung über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegen, hat insbesondere mit den strukturellen Armutsursachen zu tun. Staatszugehörigkeit und Bildungsgrad korrelieren in Österreich mit der Variable Armut.

Anhand der Ergänzung der Onlinebefragung durch telefonische Interviews wurde deutlich, dass geflüchtete Personen die Teilnahme an der Umfrage besonders häufig aus Angst oder mit dem Hinweis, dass sie keiner politischen Aktivität in Österreich nachgehen, abgelehnt haben.

Umfrageergebnisse

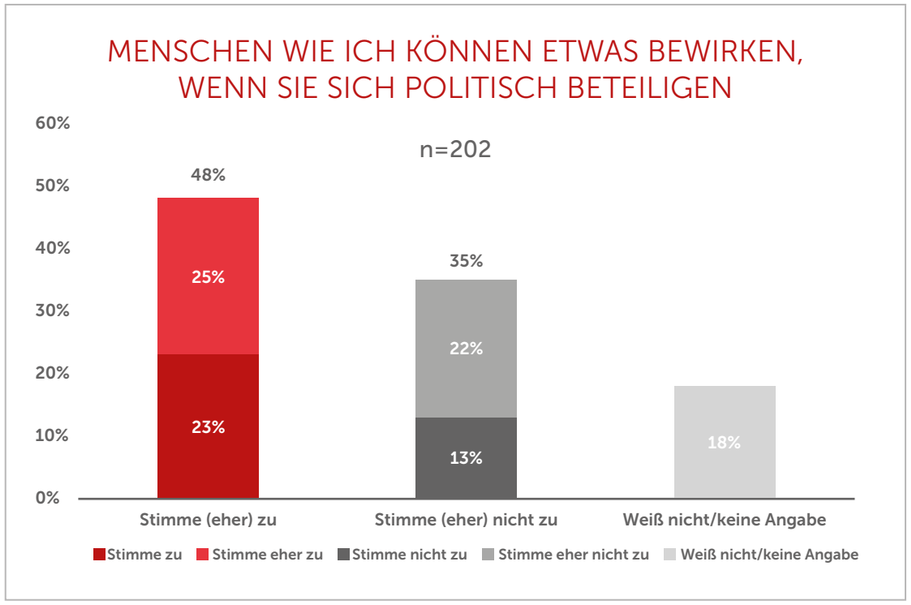
Um zu eruieren, ob die Respondent*innen die grundlegendste Form politischer Partizipation wahrnehmen bzw. wahrnehmen können, wurden sie danach gefragt, ob sie bei der zum Befragungszeitpunkt letzten bundesweiten Wahl, der Nationalratswahl 2019, teilgenommen haben. Auf diese Frage antworteten 41 % mit “Ja”, 38 % mit “Nein, nicht wahlberechtigt”, 9 % mit “Nein, obwohl wahlberechtigt” (n = 202; 11 % “weiß nicht/keine Angabe”).



Als Grund für die Nichtteilnahme trotz Wahlberechtigung (n = 19) wurde am häufigsten “Kein Vertrauen in Politik” (5) genannt; außerdem “Nicht in Österreich/Probleme mit Wahlkarte” (3), “Keine Zeit” (3) und “Vergessen/Unbeabsichtigt” (3). Weitere Gründe sind “Wusste nicht, wen wählen” (2) sowie jeweils eine Nennung für “Konnte mich zwischen zwei Parteien nicht entscheiden”, “Wusste nicht, wie die Wahl funktioniert” und “Anderes”. Zwar handelt es sich hier nur um ein sehr kleines Sample, trotzdem ist das Ergebnis, dass der Hauptgrund das fehlende Vertrauen in die Politik ist, ein interessantes. Schließlich spiegelt sich dieses Gefühl auch in weiteren Fragen und deren Beantwortung wider (siehe weiter unten).

Abseits der Frage des Wahlrechts gibt es verschiedene Erfahrungen mit politischer Teilhabe und Partizipation. 31 % der Teilnehmenden haben in den letzten fünf Jahren bei einer Unterschriftensammlung unterschrieben, 16 % waren in diesem Zeitraum auf einer Demonstration und 12 % haben bei Befragungen der Stadt oder ihres Bezirks mitgemacht. Jede zehnte Person war bereits in der Sprechstunde des*der Bürgermeister*in, 8 % haben in den letzten fünf Jahren bei einer Bürger*inneninitiative mitgemacht. Betriebliche politische Teilhabe in den letzten fünf Jahren beschrieben nur wenige Teilnehmende. 7 % der Respondent*innen haben sich in den letzten fünf Jahren in einer Partei engagiert. 44 % der Respondent*innen gaben an, in den letzten fünf Jahren nichts davon gemacht zu haben.

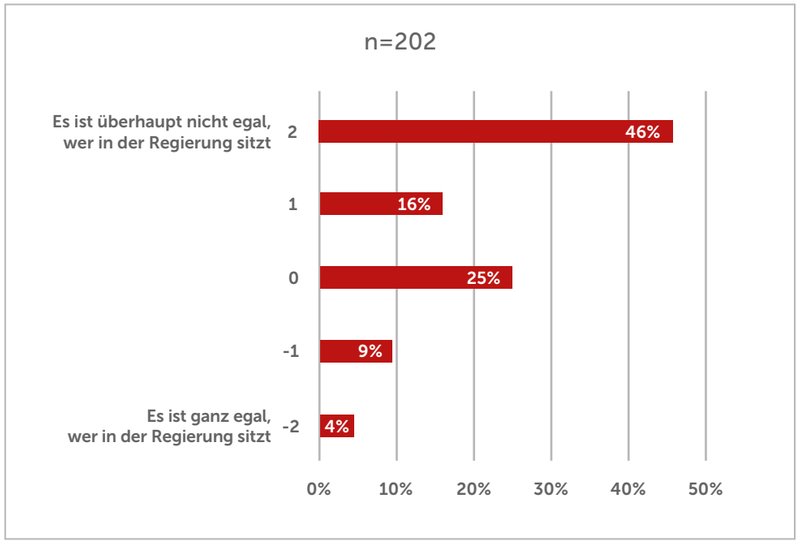
Den Befragten wurde auch eine Frage zur politischen Selbstwirksamkeit gestellt. Etwas mehr als ein Drittel (35 %) der Befragten stimmte der Aussage eher nicht oder nicht zu, dass “Menschen wie ich” etwas bewirken können, wenn sie sich politisch beteiligen. Ein wesentlicher Anteil glaubt somit nicht an die eigene politische Selbstwirksamkeit. Knapp die Hälfte (48 %) stimmte der Aussage aber zumindest eher zu, dass sie bei politischer Beteiligung auch etwas bewirken können (18 % weiß nicht/keine Angabe).



Obwohl also der Anteil jener, die an ein gewisses Maß an Selbstwirksamkeit glauben, jenen überwiegt, der an selbiger zweifelt, ist der Großteil der Befragten der Meinung, dass politische Entscheidungen tendenziell von reichen Personen getroffen werden. 72 % stimmten nämlich folgender Aussage (eher) zu: “In der Politik machen sich Menschen mit viel Geld untereinander aus, was im Land passieren soll”. 14 % hingegen stimmten dem (eher) nicht zu (14 % “weiß nicht/keine Angabe”; n = 202). Interessant ist, dass österreichische Staatsbürger*-

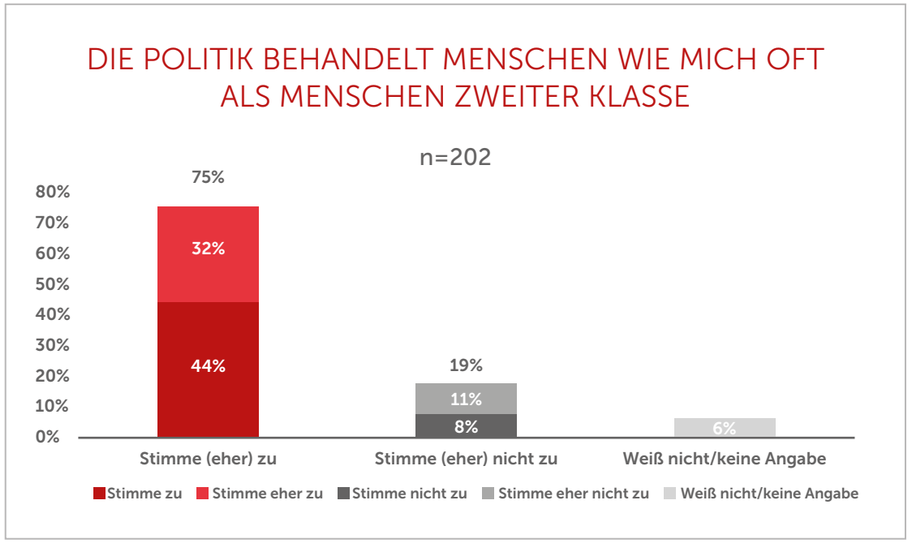
innen dieser Aussage besonders häufig (eher) zustimmten – nämlich zu 84 %, während die Zustimmung unter EU/EWR/CH-Staatsbürger*innen (63 %) und Drittstaatsangehörigen (62 %) deutlich niedriger liegt.

Dennoch ist eine Mehrheit der Meinung, dass es nicht egal ist, wer sich in Regierungsverantwortung befindet: Die Befragten wurden gebeten, einzuschätzen, ob es ihrer Meinung nach für die*den Einzelne*n egal ist, wer in der Regierung tätig ist. Die Antworten erfolgten auf einer fünfstufigen Skala von –2 (“Es ist ganz egal, wer in der Regierung sitzt”) bis +2 (“Es ist überhaupt nicht egal, wer in der Regierung sitzt”). Die Ergebnisse zeigen, dass 46 % der Befragten die Aussage vertreten, dass es “überhaupt nicht egal” ist (+2), wer in der Regierung sitzt, während weitere 16 % der Meinung sind, dass dies “eher nicht egal” (+1) ist. Insgesamt vertreten somit 61 % die Auffassung, dass die Zusammensetzung der Regierung eine wichtige Rolle spielt. 25 % wählten den mittleren Skalenwert 0, was als neutrale bzw. unentschiedene Haltung interpretiert werden kann. Auf der Gegenseite gaben 9 % an, dass es eher egal (–1) sei, wer in der Regierung sitzt, während lediglich 4 % die Ansicht vertreten, dass es ganz egal sei (–2). Zusammen entspricht dies 14 % der Befragten. Der Mittelwert der Antworten auf diese Frage beträgt 0,89. Da positive Werte eine stärkere Zustimmung zur Auffassung ausdrücken, dass es nicht egal ist, wer die Regierung stellt, weist dieser Wert auf eine deutliche Tendenz in diese Richtung hin. Der Median liegt bei 1, was bedeutet, dass mindestens die Hälfte der Befragten den Wert 1 oder höher gewählt hat. Der Modalwert (häufigster Wert) beträgt 2 und entspricht damit der Antwortkategorie “Es ist überhaupt nicht egal, wer in der Regierung sitzt”. Die Verteilung der Antworten ist somit klar in Richtung der positiven Skalenwerte verschoben, womit die Tendenz unter den Befragten sichtbar wird, dass es nicht egal ist, wer die Regierung bildet und die Befragten mehrheitlich davon ausgehen, dass politische Entscheidungen und die Zusammensetzung der Regierung konkrete Auswirkungen auf ihr Leben haben. Nach Staatsbürgerschaft betrachtet fällt auf, dass insbesondere EWR-Bürger*innen der Meinung sind, dass es nicht egal ist, wer in der Regierung sitzt (Mittelwert: 1,2), während Drittstaatsangehörige vergleichsweise die niedrigste Zustimmung aufweisen (Mittelwert 0,5).



Zur Funktionalität des politischen Systems in Österreich sagten 60 %, dass dieses weniger gut bzw. gar nicht gut funktioniere, 32 % hingegen gaben an, dass es ziemlich gut oder sehr gut funktioniere (8 % “weiß nicht/keine Angabe”; n = 202). Auch hier zeigt sich, dass österreichische Staatsbürger*innen weniger positiv auf das politische System schauen als andere Respondent*innen: Der Anteil erstgenannter, die angaben, dass das politische System in Österreich derzeit weniger bzw. gar nicht gut funktioniert, beträgt 79 %, während er in der Gruppe der “Staatsbürger*innenschaft EU/EWR/Schweiz” bei 40 % und in der Gruppe “Staatsbürger*innenschaft Drittstaat” bei 52 % liegt.

Eine deutliche Tendenz zeigt sich in der Frage nach der Wahrnehmung von Klassismus in der politischen Sphäre. Dabei wurden die Respondent*innen um ihre Einschätzung zu folgendem Statement gebeten: “Die Politik behandelt Menschen wie mich oft als Menschen 2. Klasse.” Diesem Satz stimmten drei Viertel (75 %) der Befragten (eher) zu. Knapp ein Fünftel (19 %) hingegen gab an, der Aussage (eher) nicht zuzustimmen (6 % “weiß nicht/keine Angabe”; n = 202). Damit verspürt eine große Mehrheit eine Abwertung vonseiten der Politik.



Zum Abschluss wurden die Respondent*innen noch danach gefragt, ob sie der Meinung sind, dass sich in den nächsten fünf Jahren ihre Lebenssituation verbessern, verschlechtern oder gleich bleiben wird. Ihre Erwartungen für die Zukunft fallen dabei tendenziell pessimistisch aus. Nur 28 % der Repondent*innen gehen davon aus, dass sich ihre Lebensumstände in den nächsten fünf Jahren verbessern werden. 19 %denken, dass die Lebensumstände gleich bleiben und 39 % gehen davon aus, dass sie sich verschlechtern werden (14 % “weiß nicht/keine Angabe”; n = 202).

Insgesamt machen die Ergebnisse der Umfrage unter armutsbetroffenen Menschen deutlich: Der Großteil der Befragten glaubt grundsätzlich an die eigene politische Selbstwirksamkeit, auch wenn über ein Drittel dies nicht tut. Doch das Vertrauen in die Funktionalität politischer Institutionen ist wenig ausgeprägt. Die überwiegende Mehrheit glaubt, dass Wohlhabende in Österreich die Politik maßgeblich bestimmen. Zugleich ist der Großteil davon überzeugt, dass es nicht egal ist, wer in der Regierung sitzt. Besonders groß ist der Anteil jener Personen, der angibt, dass sie sich von der Politik als Menschen zweiter Klasse behandelt fühlen. Und schließlich zeigt die Umfrage auch, dass die Befragten eher wenig optimistisch in die Zukunft blicken.

Deutung vor dem Hintergrund repräsentativer Studien

Die Ergebnisse der Volkshilfe-Befragung lassen sich nicht einfach als Ausdruck politischer Gleichgültigkeit oder mangelnden Interesses interpretieren. Vielmehr zeigt sich ein ambivalentes Verhältnis zu Politik und Demokratie: Einerseits nimmt ein erheblicher Teil der Befragten politische Entscheidungen als relevant für das eigene Leben wahr und ist der Meinung, dass

es nicht egal ist, wer Regierungsverantwortung trägt. Andererseits erleben viele das politische System als wenig funktional, als von Wohlhabenden dominiert und als abwertend gegenüber Menschen in Armut.

Diese Ergebnisse können zum Teil in Kontrast zu anderen und für die Gesamtbevölkerung repräsentativen Umfrageergebnissen gesetzt werden. Beim Österreichischen Demokratie-Monitor 2022 zeigt sich beispielsweise, dass im oberen ökonomischen Drittel nur 38 % der Aussage zustimmen, dass die Politik Menschen wie sie als Menschen zweiter Klasse behandeln würde (Zandonella 2022, 21). Die Befragten der Volkshilfe-Umfrage scheinen diesbezüglich einen gewissen Klassismus wahrzunehmen und das Gefühl, zweitklassig behandelt zu werden, ist stärker ausgeprägt und liegt sehr nahe beim Wert für das untere Einkommensdrittel (73 %), das der Demokratie-Monitor zeigt (Zandonella 2022, 19). Hier könnte attestiert werden, dass die Befragten eine Form symbolischer Abwertung, die als Ausdruck von Klassismus in der politischen Sphäre verstanden werden kann, erleben.

Betrachtet man die Ergebnisse der Volkshilfe-Befragung hinsichtlich des Funktionierens des politischen Systems im Vergleich zum Wert für die Gesamtbevölkerung aus dem Demokratie-Monitor 2024 (43 %) zeigt sich folgendes Bild: Die Respondent*innen der Volkshilfe-Umfrage sind weniger häufig der Meinung, dass dieses sehr gut bzw. ziemlich gut funktioniert (32 %). Allerdings fällt der Anteil deutlich größer aus als in der Gruppe des unteren Einkommensdrittels (21 %) (Zandonella 2025, 5, 7). Dazu passt auch das Ergebnis, dass die wahlberechtigten Respondent*innen der Volkshilfe-Umfrage deutlich weniger häufig keinen Gebrauch von ihrem Wahlrecht gemacht haben als das untere Einkommensdrittel im Demokratie-Monitor 2024: Hier gaben rund 40 % der Wahlberechtigten im unteren Einkommensdrittel an, bei den letzten beiden Nationalratswahlen (2019 und 2024) ihre Stimme nicht abgegeben zu haben (Zandonella 2025, 9). In der Volkshilfe-Befragung hingegen gaben lediglich 9 % an, dass sie trotz Wahlberechtigung bei der Nationalratswahl 2019 nicht teilgenommen haben.

Bezüglich der politischen Selbstwirksamkeit zeigt sich in der Volkshilfe-Umfrage eine andere Tendenz als in den Ergebnissen für die Gesamtbevölkerung in Österreich im Rahmen des European Social Survey (Erhebungswelle 11). Dort gaben rund 43 % der Befragten an, dass Menschen wie sie im politischen System in Österreich zumindest etwas die Möglichkeit haben, die Politik zu beeinflussen (etwas: 37 %; stark: 6 %; sehr stark: 0,3 %). 57 % sind der Meinung, dass dies nur sehr wenig (40 %) bzw. überhaupt nicht möglich ist (17 %) (IHS 2026). In der Volkshilfe-Umfrage sind es nicht ganz die Hälfte der Befragten, die (eher) zustimmen, dass "Menschen wie ich" etwas bewirken können, wenn sie sich politisch beteiligen, während etwas mehr als ein Drittel der Aussage eher nicht oder nicht zustimmte. Wie bereits in diesem Policy Paper thematisiert, ist dieser Zweifel daran, dass Menschen mit geringen ökonomischen Ressourcen durch politische Beteiligung etwas bewirken können, alles andere als unbegründet: Wie empirische Studien zeigen, repräsentieren politische Entscheidungen tendenziell die Interessen ökonomisch privilegierter Gruppen stärker (vgl. beispielsweise Elsässer et al. 2018; Traber et al. 2022).

ARMUT WIRD DAMIT ZU EINER DEMOKRATIEPOLITISCHEN FRAGE: NICHT, WEIL ARMUTSBETROFFENE MENSCHEN GRUNDSÄTZLICH WENIGER POLITISCH INTERESSIERT WÄREN, SONDERN WEIL SOZIALE UNGLEICHHEIT, FEHLENDE REPRÄSENTATION UND ERFAHRUNGEN VON ABWERTUNG DIE VORAUSSETZUNGEN GLEICHBERECHTIGTER POLITISCHER TEILHABE UNTERGRABEN.

FOKUSGRUPPEN MIT ARMUTSBETROFFENEN KINDERN

Kinderarmut hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Sowohl materielle als auch gesundheitliche, bildungsbezogene und soziale Aspekte des Lebens sind davon betroffen. Doch ein Aufwachsen in Armut wirkt sich auch auf einen weiteren zentralen Lebensbereich aus: die politische Teilhabe.

Die politische Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hängt mit ihrem finanziellen Hintergrund zusammen. Das zeigt der Jugendmonitor der Arbeiterkammer (Zandonella 2024). Während unter den finanziell gut abgesicherten Befragten 36 % angaben, bei wichtigen Entscheidungen in der Schule, Ausbildung oder Arbeit mitbestimmen zu können, behaupteten das unter den finanziell schlecht Abgesicherten nur 25 %.

Insgesamt zeigen Studien, dass das Vertrauen von jungen Menschen in die Politik gering ist: Rund ein Drittel der 16- bis 26-Jährigen gab in einer repräsentativen Umfrage an, sich gut im Parlament vertreten zu fühlen (Zandonella und Bohrn 2026).

NUR WENIGER ALS EIN VIERTEL SIEHT DERZEIT DIE EIGENEN INTERESSEN BEI POLITISCHEN ENTSCHEIDUNGEN BERÜCKSICHTIGT (ZANDONELLA UND BOHRN 2026).

Die Frage nach dem Vertrauen (armutsbetroffener) Jugendlicher und junger Erwachsener in politische Institutionen ist eng mit deren allgemeinen Perspektiven auf Politik, Demokratie und Gerechtigkeit verknüpft. Hier besteht in Österreich eine Forschungslücke. Vor diesem Hintergrund führte die Volkshilfe Fokusgruppen mit armutsbetroffenen Kindern durch, die durch folgende Forschungsfragen angeleitet wurden:

- Welches Wissen haben armutsbetroffene Kinder und Jugendliche über Politik und politische Aushandlungsprozesse?
- Welche Vorstellungen von sozialer Ungleichheit, insbesondere von Armut und Reichtum, haben sie?
- Welche normativen Denkfiguren zu Gerechtigkeit lassen sich dabei rekonstruieren?
- Welche Vorstellungen von demokratischer Teilhabe und gesellschaftlicher Veränderung bestehen bei ihnen?

Die Forschung baut zunächst auf dem Konzept der politischen Subjektivität (Häkli and Kallio, 2018) auf. Es geht davon aus, dass politische Subjektivität in den alltäglichen Erfahrungen von Individuen mit Machtverhältnissen und sozialen Ungleichheiten entsteht. Für Kinder und Jugendliche – insbesondere für jene mit Armutserfahrungen – bedeutet dies, dass ihre politischen Einstellungen und Wahrnehmungen insbesondere in Situationen entstehen, in denen materielle Einschränkungen, soziale Ausschlüsse oder Abhängigkeiten sichtbar werden. Das Konzept besagt auch, dass politische Subjektivität und Handlungsmacht eng miteinander verbunden sind. Politisches Handeln zeigt sich demnach im alltäglichen Umgang der Kinder mit Herausforderungen und Konflikten. Gerade für armutsbetroffene Kinder bedeutet dies, dass sie im Alltag Strategien entwickeln, um mit Benachteiligungen umzugehen, sich zu behaupten oder alternative Formen von Teilhabe auszuhandeln. In diesem Sinne wird politisches Handeln als konkrete Praxis verstanden, in der Kinder Themen aufgreifen, die für sie persönlich von Bedeutung sind (Häkli und Kallio 2018, 17).

GERECHTIGKEITSVORSTELLUNGEN ENTSTEHEN IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN SUBJEKTIVEN ERFAHRUNGEN UND GESELLSCHAFTLICHEN RAHMENBEDINGUNGEN.

Vorstellungen von Gerechtigkeit sind eng mit der subjektiven Wahrnehmung von Ungerechtigkeit verknüpft (Dubet 2008). Diese Wahrnehmungen basieren sowohl auf diversen Gerechtigkeitsprinzipien (Leistungs-, Bedarfs- oder Chancengleichheitsprinzip) sowie auf unterschiedlichen Identitätskonzepten (Hürtgen und Voswinkel 2014). Sie sind außerdem mit individuellen Ansprüchen und Erwartungen verbunden, die das Verständnis von Gerechtigkeit prägen (Kazemi und Törnblom 2008). Ergänzend spielt auch der Aspekt der Anerkennung eine zentrale Rolle beim Erleben von (Un-)Gerechtigkeit. Ein Gefühl von Ungerechtigkeit entsteht demnach immer dann, wenn legitime Erwartungen auf Anerkennung verletzt werden (Honneth 2010). Auch gesellschaftliche Entwicklungen verändern unsere Vorstellungen von Gerechtigkeit. Unter postfordistischen Bedingungen tritt anstelle von Bedarfsgerechtigkeit zunehmend das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit (Butterwegge 2018). Zusätzlich besteht ein verstärkter Fokus auf Eigenverantwortung und der Annahme, „jeder könne es schaffen" (Brown 2021).

Neben den Politik- und Gerechtigkeitsvorstellungen armutsbetroffener Kinder standen bei den Fokusgruppen auch die (politischen) Handlungsspielräume der Kinder im Zentrum. Diese sind aus mehreren Gründen eingeschränkt. In der Literatur werden vier Formen der Machtlosigkeit bei Kindern unterschieden (Schweiger 2023): körperliche, wirtschaftliche, politische und soziale, wobei die wirtschaftliche und politische Machtlosigkeit für die vorliegende Untersuchung besonders relevant sind. Kinder sind wirtschaftlich machtlos, da sie in der Regel kein Eigentum besitzen und nicht arbeiten dürfen, was sie abhängig und verletzlich gegenüber Erwachsenen macht. Politisch sind sie machtlos, weil sie weder Wahlrecht haben noch ihre Rechte aktiv einfordern können, wodurch ihre Anerkennung von Erwachsenen und Institutionen abhängt. Armutsbetroffene Kinder erfahren zusätzlich eine „deprivationsbedingte Ohnmacht" (Schweiger 2023), die sie in einer prekären Lebenssituation gefangen hält und ihre Lebenschancen stark einschränkt, was im Widerspruch zu den Kinderrechten steht.

Methodische Umsetzung

Zur Erforschung der politischen Subjektivitäten von armutsbetroffenen Kindern wurden drei Gruppendiskussionen mit armutsbetroffenen Kindern zwischen 8 und 14 Jahren durchgeführt.

Das Sample umfasste insgesamt 18 Kinder, die in drei Gruppen mit jeweils fünf bis sieben Teilnehmer*innen diskutierten. Die Gruppen setzten sich aus unterschiedlichen Alterskohorten zusammen (8–12 Jahre, 10–12 Jahre sowie 13–14 Jahre). Der Zugang zu den Kindern erfolgte über Familien, die von der Volkshilfe unterstützt wurden und in Wien leben. Das bedeutet, dass zum Zeitpunkt der Unterstützung das Haushaltseinkommen ihrer Familie unter der Armutsgefährdungsschwelle (gemäß EU SILC/Statistik Austria, vgl. für die Werte 2025 Statistik Austria 2026) lag.

In den Fokusgruppen standen Fragen zu Armut, Reichtum und Verteilungsgerechtigkeit im Zentrum, ergänzt um Themen wie Demokratie, Politik, gesellschaftlicher Wohlstand und Sozialstaat. Der Leitfaden orientierte sich unter anderem an Asal und Burth (2016), die in ihrer Forschung Schüler*innenvorstellungen in den Fokus nehmen, und wurde gezielt um Aspekte sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit erweitert. Um einen „methodisch angemessenen Zugang" (Vogl 2021, 149) zu den Kindern zu finden, wurde die Fokusgruppe mit einer kindgerechten, spielerischen Übung gestartet und es wurden haptische Impulse zur Diskussion von Gerechtigkeitsvorstellungen gesetzt. Konkret wurde die Pizza-Methode (manchmal "Pizza-Frage"; Turek 2017, 18) aus der Politikdidaktik für die Teilnehmenden adaptiert. Ein weiteres spielerisches Element, das zur Anwendung kam, waren beispielsweise Fantasienamen, die sich die Kinder selbst aussuchen durften.

Die Transkription der Gruppendiskussionen erfolgte zunächst automatisiert mit der Software Sonix und wurde anschließend vom Forschungsteam sorgfältig überprüft, korrigiert und bei Bedarf ergänzt, um die inhaltliche Genauigkeit sicherzustellen. Die Analyse orientiert sich am Vorgehen der fokussierten Interviewanalyse nach Kuckartz und Rädiker (2024). Die Codierung wurde mit der Analysesoftware MAXQDA durchgeführt.

Ergebnisse

Vorstellungen von Reichtum

Die Gruppendiskussionen zeigten, dass die Kinder und Jugendlichen Reichtum mit extrem hohen Geldbeträgen verbinden. Reich sei man „ab ca. Millionen" (F0423, 49). Reiche Menschen seien sorgenfrei, sie besitzen Häuser und viele Autos. Ihre Bilder von Reichtum stammen überwiegend aus Filmen, Medien und von Prominenten, wie sich durch die Beispiele reicher Menschen zeigt, die sie nannten – etwa Selena Gomez, Cristiano Ronaldo, Elon Musk oder Vladimir Putin. Ein persönlicher Bezug zu Reichtum oder reichen Menschen wurde nicht hergestellt. Zudem verknüpften die Befragten Reichtum eng mit Bildung. Reich zu sein bedeutet für sie unter anderem, eine angesehene Universität zu besuchen und gute Noten zu haben. „Das heißt, dass man zum Beispiel zu einer Universität gehen kann, zum Beispiel in Oxford oder sowas" (F0423, 72). Reichtum wird somit als Voraussetzung für den Zugang zu höherer Bildung verstanden. Auch (Erwerbs-)Arbeit und Sparen gelten als zentrale Wege zum Reichtum. Das Leistungsnarrativ zeigt sich in mehreren Aussagen der Kinder deutlich.

„Wenn man öfters arbeitet, spart man auch mehr Geld. Mehr und mehr. Und dann, wenn man alles zusammen hat, wird man vielleicht auch reich. Wenn man lange und hart arbeitet." (F0424, 103)

Vorstellungen von Armut

Armut wurde zunächst mit absoluter Armut wie Obdachlosigkeit assoziiert, im Verlauf der Diskussion aber auch als relative Armut verstanden, etwa als eingeschränkte soziale Teilhabe trotz Wohnung. Besonders häufig verbinden die Kinder Armut mit Traurigkeit. Als Ursachen nannten sie fehlende Arbeit, niedrige Löhne, „schlechte Jobs" (F0424, 135), geringe Bildungschancen, Krankheit und Fluchterfahrungen. Armut wird sowohl als strukturelles Problem gesehen als auch als Auslöser sozialen Ausschlusses, wobei Betroffene nicht nur als hilfsbedürftig und passiv, sondern auch als gesellschaftliche Leistungsträger*innen wahrgenommen werden.

Eigene Erfahrungen mit Armut beschrieben die Kinder vor allem über Differenzwahrnehmungen zu anderen, nicht armutsbetroffenen Kindern, insbesondere über begrenzte Handlungsmöglichkeiten im Alltag, etwa beim Konsumverhalten oder in der Freizeit. Im Laufe der Diskussion zeigte sich ein differenziertes Bild von Armut. Die Teilnehmenden unterschieden beim Thema Armut zwischen dem bloßen Überleben und sozialer Teilhabe. Ärmere Menschen würden zwar ohne bestimmte Konsumgüter auskommen, diese seien jedoch für soziale Anerkennung und Teilhabe bedeutsam: „Meistens ist es so, dass sich ärmere Leute zum Beispiel keine Pflegeprodukte kaufen können. Sie sind nicht so wichtig, aber halt wichtig für die Sozialität und sowas halt. „Damit man halt gut rüberkommt" (F0423, 92).

Gerechtigkeitsvorstellungen

Das Gerechtigkeitsverständnis der Kinder und Jugendlichen orientiert sich zunächst stark am Prinzip der Gleichheit, im Sinne von "alle bekommen gleich viel". Dieses Prinzip übertragen sie auch auf den Familienalltag, etwa bei der gerechten Verteilung von Essen. Ein Kind schilderte dies beispielsweise folgendermaßen: „Bei uns würden wir es so machen. Jeder bekommt erstmal ein Stück. Danach bekommt der, der schon fertig gegessen hat, noch ein Stück danach und wenn er noch mal fertig ist, dann darf er nicht noch ein Stück essen. Dann muss er also, den nächsten, der fertig ist, entlassen und danach so" (F0423, 120). Durch die Thematisierung unterschiedlicher Bedarfe erkannten sie jedoch, dass Gleichheit nicht immer fair ist, und ergänzten ihre Vorstellungen um das Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit, wonach Menschen mit größerem Bedarf mehr erhalten sollten (F0523, 125–127). Solidarität verorteten sie vor allem im familiären Umfeld, wo Zeit und materielle Ressourcen geteilt werden.

Politik- und Demokratievorstellungen

Die Vorstellungen von Politik und Demokratie sind von Distanz und Skepsis geprägt. Politik wird als Bereich wahrgenommen, der vor allem die Interessen reicher Menschen vertritt. Dies

zeigt sich etwa durch die Einschätzung eines Kindes, der Bundeskanzler treffe „wahrscheinlich reiche Leute“ (F0424, 173). Viele Kinder fühlen sich von Politiker*innen nicht ernst genommen und zweifeln an ihrer eigenen Bedeutung im politischen Prozess. Dabei wird auch deutlich, dass sie ihren Anspruch auf Mitsprache aufgrund ihres Alters infrage stellen.

„MIR IST DAS EGAL – ICH HABE KEIN HAUS ODER SO“ (F0523, 486–489).

Auch in der Schule erleben sie wenig demokratische Mitbestimmung. Gleichzeitig äußerten sie konkrete Ideen zur Armutsbekämpfung, etwa kostenlose öffentliche Angebote oder mehr leistbaren Wohnraum. Positiv bewerteten sie die Idee einer Kindergrundsicherung, da diese erstmals finanzielle Eigenständigkeit ermöglichen würde. Dennoch bleibt diese Vorstellung für viele abstrakt, da sie bisher nur sehr geringe eigene Geldbeträge kennen.

„Weil das höchste, was ich in der Hand hatte, also was wirklich mir gehört hat vom Geld. Das waren 10 € oder 15 €. Mein Taschengeld. Und etwas mehr in der Hand zu haben, das das wär echt, das wäre echt. Oh mein Gott. Ich habe hier 600 € in der Hand.“ (F0423, 469-474)

Fazit und Diskussion

Die Ergebnisse der Gruppendiskussionen mit armutsbetroffenen Kindern zeigen deutliche Übereinstimmungen mit den Studienergebnissen zu armutsbetroffenen Erwachsenen. Auch bei den Kindern finden sich ein geringes Vertrauen in politische Institutionen sowie das Gefühl, von der Politik als “Menschen zweiter Klasse” behandelt zu werden (s. Seite 41). Es bestätigt sich somit der in der Literatur dargelegte Einfluss des sozioökonomischen Status auf die politische Teilhabe (vgl. Zandonella and Ehs 2021). Aufgrund ihres Alters entsteht jedoch bei Kindern eine zusätzliche Dimension des Ausschlusses: Durch das Zusammenwirken von Klassenerfahrungen, Alter und adultistischen Strukturen sind sie doppelt marginalisiert (Schweiger 2023). Anhand der Analyse wird deutlich, dass diese Mehrfachbenachteiligung die Exklusionserfahrung der Kinder verstärkt. Sie trägt dazu bei, dass Kinder weder im schulischen Alltag noch im Bereich der Politik erleben, dass sie selbst ein aktiver Teil von Demokratie sein können. Bereits im jungen Alter diese Erfahrung zu machen, kann langfristig Demokratieverdrossenheit sowie eine nachhaltige Einschränkung der eigenen politischen Handlungsmöglichkeiten bewirken (vgl. für England/Deutschland auch Hoskins et al. 2016).

Aufgrund dieser doppelten Exklusion stellt Kinderarmut somit nicht nur ein soziales, sondern auch ein demokratisches Risiko dar, denn sie erschwert sowohl die soziale als auch die politische Teilhabe auf grundlegende Weise.

Für die Zukunft der Republik kann dies dramatische Auswirkungen haben. In Österreich ist jedes fünfte Kind armutsgefährdet – und läuft somit auch Gefahr, von sozialem und politischem Ausschluss betroffen zu sein. Die deutschen Soziolog*innen El-Mafaalani, Kurtenbach und Strohmeier vertreten die These, dass Kinder eine “Minderheit ohne wirksamen Minderheitenschutz” (El-Mafaalani et al. 2025, 213) sind. Sie argumentieren, dass Kinder heute in einer krisenhaften Welt aufwachsen, in der Unsicherheit und Instabilität zum Normalzustand geworden sind (El-Mafaalani et al. 2025, 208) – und dies hat einen Vertrauensverlust in die Grundpfeiler der Demokratie zur Folge.

Artikel 11 der Kinderrechtskonvention schreibt Kindern das Recht zu, eine eigene Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten zu äußern (UNICEF 2023). Dabei geht es aber nicht nur darum, dass Kinder ihre eigene Meinung sagen können, sondern dieser auch politische Relevanz zu verleihen. Kinder und Jugendliche dürfen daher nicht nur Objekt politischen Handelns sein, sondern müssen selbst auch politische Akteur*innen werden. Voraussetzung dafür ist, dass ihre kindspezifischen Bedürfnisse anerkannt werden (Müller and Unkauf 2016, 390-391) und ihr Wissen und ihre Erfahrung in unserer Gesellschaft als relevant erachtet wird. Ist dem nicht so, kann von Adultismus gesprochen werden (Liebel 2020).



POLITISCHE FORDERUNGEN

POLITISCHE FORDERUNGEN

Die Forschungsergebnisse zeigen: Die politische Teilhabe(-möglichkeit) von Menschen – insbesondere von Kindern – mit Armutserfahrung ist eingeschränkt. Auch bei bildungs-, sozial-, verteilungs- und klimapolitischen Entscheidungen werden die Interessen junger Menschen viel zu wenig berücksichtigt. Ansprüche auf Generationengerechtigkeit bleiben somit unrealisiert. Deshalb ist die Beteiligung armutsbetroffener Kinder und Jugendlicher an echten Partizipationsprozessen umso wichtiger.

Demokratie stärken heißt, ökonomische, politische und mediale Macht und Ressourcen gerechter zu verteilen. Dazu braucht es:

- Armut bekämpfen: Wer in prekären Lebenslagen ist, hat oft weniger Zeit, Ressourcen und Sicherheit für politische Teilhabe. Demokratiestärkung muss daher immer auch Armutsbekämpfung sein:
  - existenzsichernde Sozialleistungen und die Einführung einer Kindergrundsicherung;
- Reduktion der Erwerbsarbeitszeit: Demokratie lebt von politischer Beteiligung, die braucht Zeit, die vielen neben Care- und Erwerbsarbeit kaum bleibt;
- eine Besteuerung von Überreichtum, etwa durch Erbschafts- und Vermögenssteuern sowie durch eine wirksame Besteuerung von Stiftungsvermögen, um Steuervermeidung zu verhindern;
- eine Medienförderung durch die öffentliche Hand anstelle von Inseraten-Journalismus;
- einen vereinfachten Zugang zur Staatsbürger*innenschaft statt finanzieller und bürokratischer Hürden;
- ausreichende Ressourcen für (verbindliche) Beteiligungs- und Partizipationsprozesse von Kindern und Jugendlichen sowie anderen vulnerablen Gruppen in Gemeinden, Ländern und dem Bund;
- mehr inklusive politische Information, also mehrsprachig, in einfacher Sprache und barrierearm aufbereitet;
- Stärkung der politischen Bildung in Schulen: eigenes Schulfach bei gleichzeitiger Beibehaltung des Unterrichtsprinzips (inklusive Evaluierung), ein Lehramtsstudium für politische Bildung und Fortbildungsangebote für pädagogisches Personal, insbesondere zu aktuellen politischen Themen;
- Ausbau der Förderungen für außerschulische politische Bildungsangebote, öffentliche Förderung von politischen Jugendorganisationen;
- Ausbau von Weiterbildungsangeboten für die Soziale Arbeit im Bereich der Demokratiestärkung; Soziale Arbeit muss als Teil demokratischer Infrastruktur verstanden und entsprechend ausgestattet werden;
- eine klare Regulierung von Social-Media-Konzernen, damit Plattformen im Einklang mit demokratischen Grundwerten und rechtsstaatlichen Prinzipien arbeiten;
- eine konsequente Bekämpfung von Rechtsextremismus und anderen antidemokratischen Strömungen an der Wurzel;
- Stärkung der Zivilgesellschaft: Vereine, Initiativen und soziale Organisationen brauchen mehrjährige, planbare Basisfinanzierungen statt projektförmiger Unsicherheit;
- Starke öffentliche Räume schaffen und absichern: Bibliotheken, Jugendzentren, Volkshochschule, Nachbarschaftszentren, Stadtteiltreffs und andere niederschwellige Orte als Infrastruktur demokratischer Begegnung stärken.

ALS TEIL DES ÖSTERREICHISCHEN NETZWERKS ZIVILGESELLSCHAFT FORDERN WIR AUSSERDEM:

- Verankerung eines Demokratie-Checks für neue Gesetze: Jedes neue Gesetzesvorhaben soll in Zukunft einem zusätzlichen Check unterzogen werden. Dabei wird überprüft, ob das Gesetz mit den grundlegenden Prinzipien der Demokratie übereinstimmt und ob es demokratischen Prozessen und Werten entspricht bzw. diese unterstützt.
- Verabschiedung eines Demokratiefördergesetzes, inklusive Einrichtung eines Demokratiefonds: Ein neues Demokratiefördergesetz soll den Schutz und Weiterentwicklung der Demokratie und ihrer Institutionen langfristig sichern. Dazu gehört die dauerhafte Einrichtung eines Demokratiefonds. Aus diesem Fonds soll eine breite Palette an demokratiefördernden Initiativen unterstützt werden – von Bürger*innenbeteiligungsprojekten über spezielle Bildungsinitiativen bis hin zu Programmen gegen digitale Desinformation.
- Die Einrichtung eines Demokratierates, von Bürger*innendialogen und einer Demokratiepartnerschaft mit der Zivilgesellschaft: Ein beratendes Gremium aus ausgewählten Bürger*innen nach Vorbild des Klimarats soll die Regierung bei der politischen Entscheidungsfindung rund um Demokratiethemen unterstützen.

LITERATUR

Asal, Katrin, and Hans-Peter Burth. 2016. Schülervorstellungen zur Politik in der Grundschule: Lebensweltliche Rahmenbedingungen, politische Inhalte und didaktische Relevanz: eine theoriegeleitete empirische Studie. Opladen: Budrich UniPress Ltd.

Atkinson, Tony, Bea Cantillon, Nolan Nolan, and Eric Marlier. 2002. Social Indicators: The EU and Social Inclusion. Oxford: Oxford University Press.

Bartelheimer, Peter, Gudrun Dobslaw, Jutta Henke, Markus Schäfers, Birgit Behrisch, and Henning Daßler. 2022. "Teilhabe – Versuch einer Begriffsbestimmung." In Teilhabeforschung – Konturen eines neuen Forschungsfeldes, eds. Gudrun Wansing, Swantje Köbsell, and Markus Schäfers. Wiesbaden: Springer VS, 13–34.

Boese, Vanessa A., Nazifa Alizada, Martin Lundstedt, Kelly Morrison, Natalia Natsika, Yuko Sato, Hugo Tai, and Staffan I. Lindberg. 2022. Autocratization Changing Nature? Democracy Report 2022. Göteborg: Varieties of Democracy Institute (V-Dem). dr_2022_ipyOpLP.pdf

Brown, Wendy. 2021. Die schleichende Revolution: Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört. 2. ed. Berlin: Suhrkamp.

Butterwegge, Christoph. 2018. Krise und Zukunft des Sozialstaates. Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-22105-8

Bühlmann, Marc, Wolfgang Merkel, Lisa Müller, Heiko Giebler, and Bernhard Weßels. 2012. "Demokratiebarometer: ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität." Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 6(July): 115–159. doi:10.1007/s12286-012-0129-2

B-VG. 2025. "Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)." https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138 (August 14, 2025).

Crouch, Colin. 2008. Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Crouch, Colin. 2020a. Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Crouch, Colin. 2020b. "Postdemokratie – Wie Ungleichheit und Armut die Demokratie gefährden". In Simmen gegen Armut, eds. Die Armutskonferenz et al. Hamburg: BoD-Verlag, 71–81.

Dubet, François. 2008. Ungerechtigkeiten: Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz. Hamburg: Hamburger Edition.

Dobesberger, Bernd. 2025. "Sozialdemokratie und die Soziale Demokratie! Die (lange) Geschichte des Kampfs um Demokratie." Perspektiven Policy Brief 3(June). https://jbi.or.at/wp-content/uploads/2025/06/Perspektiven_2025_3.pdf

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW). 2026. Rechtsextremismus in Österreich 2024. Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres und des Bundesministeriums für Justiz Wien. Wien: DÖW. https://www.doew.at/cms/download/56kou/rechtsextremismus_in_oe_2024.pdf

El-Mafaalani, Aladin, Sebastian Kurtenbach, and Klaus Peter Strohmeier. 2025. Kinder: Minderheit ohne Schutz: Aufwachsen in der alternden Gesellschaft. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Elsässer, Lea. 2018. Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Frankfurt am Main: Campus.

Elsässer, Lea, Svenja Hense, and Armin Schäfer. 2018. Government of the people, by the elite, for the rich: Unequal responsiveness in an unlikely case. MPIfG Discussion Paper No. 18/5. Köln: Max Planck Institute for the Study of Societies. https://www.econstor.eu/bitstream/10419/180215/1/1025295536.pdf

Elsässer, Lea, Svenja Hense, and Armin Schäfer. 2021. Not just money: unequal responsiveness in egalitarian democracies. Journal of European Public Policy 28(August): 1890–1908. https://doi.org/10.1080/13501763.2020.1801804

Förster, Michael, and Sebastian Königs. 2020. Promoting social mobility in Austria. OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 251. Paris: OECD Publishing. https://dx.doi.org/10.1787/1e0efdcc-en

Habersack, Fabian, Reinhard Heinisch, Viktoria Jansesberger, and Armin Mühlböck. 2023. "Perceived Deprivation and Voter Turnout in Austria." Political Studies 71(November): 1006–1024.

Häkli, Jouni, and Kirsi Pauliina Kallio. 2018. "On becoming political: The political in subjectivity." Subjectivity 11(December): 57–73. https://doi.org/10.1057/s41286-017-0040-z

Hombach, Bodo. 2019. "Auf uns hört ja keiner." In Die Repräsentative Demokratie in Anfechtung und Bewährung: das 'Wir' Organisieren, Studien der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik, eds. Volker Kronenberg, and Jakob Horneber. Wiesbaden: Springer, 111–121.

Honneth, Axel. 2010. Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hoskins, Bryony, Jan German Janmaat, Christine Han, and Daniel Muijs. 2016. "Inequalities in the education system and the reproduction of socioeconomic disparities in voting in England, Denmark and Germany: The influence of country context, tracking and self-efficacy on voting intentions of students age 16–18." Compare 46(May): 69–92.

Hürtgen, Stefanie, and Stephan Voswinkel. 2014. Nichtnormale Normalität? Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte. Berlin: Edition Sigma.

Hüther, Michael, and Matthias Diermeier. 2019. "Ökonomische Ungleichheit als Demokratieproblem". In Die Repräsentative Demokratie in Anfechtung und Bewährung: das 'Wir' Organisieren, Studien der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik, eds. Volker Kronenberg, and Jakob Horneber. Wiesbaden: Springer, 39–52.

IHS. 2026. "European Social Survey Österreich Dashboard." https://essdashboard.ihs.ac.at/ (June 16, 2026).

Ingruber, Daniela. 2022. "Demokratie und Verfassung." In Das Politische System Österreichs: Basiswissen und Forschungseinblicke, eds. Katrin Praprotnik, and Flooh Perlot. Wien: Böhlau Verlag, 17–46. doi:10.7767/9783205215950

Jesse, Eckhard. 2018. Wahlen. In Handbuch Staat, eds. Rüdiger Voigt. Wiesbaden: Springer VS, 1659–1669. doi: 10.1007/978-3-658-20744-1_149

Kazemi, Ali, and Kjell Törnblom. 2008. Social Psychology of Justice: Origins, Central Issues, Recent Developments, and Future Directions. Nordic Psychology 60(July): 209–234. https://doi.org/10.1027/1901-2276.60.3.209

Kern, Jana Christine. 2025. Neue Formen der politischen Praxis: Politische Partizipation in der postdemokratischen Wende. Wiesbaden: Springer Fachmedien. doi:10.1007/978-3-658-47349-5

Kuckartz, Udo, and Stefan Rädiker. 2024. Fokussierte Interviewanalyse mit MAXQDA. Schritt für Schritt. 2. eds. Wiesbaden: Springer VS. doi: 10.1007/978-3-658-40212-9

Kronenberg, Volker, Jakob Horneber, Volker Kronenberg, and Jakob Horneber. 2019. "Die repräsentative Demokratie in der Akzeptanzkrise? – Ein Problemaufriss." In Die Repräsentative Demokratie in Anfechtung und Bewährung: das 'Wir' Organisieren, Studien der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik, eds. Volker Kronenberg, and Jakob Horneber. Wiesbaden: Springer, 1–22.

Liebel, Manfred. 2020. Unerhört. Kinder und Macht. Weinheim: Beltz Juventa.

Lijphart, Arend. 1997. "Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma." The American Political Science Review 91(August): 1–14.

Menold, Natalja, and Kathrin Bogner. 2015. GESIS Survey Guidelines: Gestaltung von Ratingskalen in Fragebögen. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. DOI: 10.15465/sdm-sg_015

Meyer, Thomas. 2009. Soziale Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91618-7

Milligan, Joe, and Bertrall L. II Ross. 2023. "We (Who Are Not) the People: Interpreting the Undemocratic Constitution." Texas Law Review 102(December): 306–383.

Müller, Sebastian, and Urs Unkauf. 2016. "Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg." In Politische Beteiligung junger Menschen: Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien, eds. Jörg Tremmel, and Markus Rutsche. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 317–340. doi:10.1007/978-3-658-10186-2_15

Nord, Marina, David Altman, Tiago Fernandes, Ana Good God, and Staffan I. Lindberg. 2026. Democracy Report 2026: Unraveling the Democratic Era? Göteborg: V-Dem Institute, University of Gothenburg.

Österreichischer Demokratie-Monitor. 2024. "Demokratie Monitor 2024: Erste Ergebnisse." https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2024/12/2024_FORESIGHT-Presseunterlage-DM24.pdf (June 23, 2026)

ORF.at. 2024. Fast ein Fünftel der über 16-Jährigen nicht wahlberechtigt. https://orf.at/stories/3365054/ (May 6, 2026).

Parlament Österreich. 2025. "Wahlrecht." https://www.parlament.gv.at/verstehen/demokratie-wahlen/parlament-wahlen/wahlrecht/ (August 3, 2025).

Pateman, Carole. 2016. "71. Participation and Democratic Theory." In Democracy, eds. Ricardo Blaug, and John Schwarzmantel. New York: Columbia University Press, 397–402. doi:10.7312/blau17412-086

Perlot, Flooh, and Peter Filzmaier. 2022. "Wahlrecht." In Das Politische System Österreichs: Basiswissen und Forschungseinblicke, eds. Katrin Praprotnik, and Flooh Perlot. Wien: Böhlau Verlag, 357–390. doi:10.7767/9783205215950

Pöschl, Magdalena. 2016. "Armut Und Gleichheit*." Journal für Rechtspolitik 24: 121–134.

Rat der Europäischen Gemeinschaften. 1975. "Beschluss des Rates vom 22 . Juli 1975 über das Programm von Modellvorhaben und Modellstudien zur Bekämpfung der Armut." https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31975D0458 (July 28, 2025).

Reicher, Fabian. 2024. "Die Wütenden – Themen, Trends und Ansätze im Kontext von subkulturell orientierten Jugendszenen." https://www.volkshilfe.at/wp-content/uploads/2024/11/Reicher_Die-Wuetenden-Themen-Trends-und-Ansaetze-im-Kontext-von-subkulturell-orientierten-Jugendszenen.pdf (June 23, 2026)

Rosset, Jan. 2022. Perceptions of (Unequal) Responsiveness and their Consequences for Electoral Participation. Unequal Democracies Working Paper No. 34. Genf: University of Geneva.

Sandner, Günther. 2024. Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiter:innenbewegung zur modernen Sozialdemokratie. Wien: Karl Renner Institut.

Schmidt, Manfred G. 2025. Demokratietheorien. 7. eds. Wiesbaden: Springer VS. doi:10.1007/978-3-658-46845-3

Schwarz, Magdalena. 2024. Wir haben eine Krise! Junge Menschen und ihre Repräsentation in politischen Debatten. https://www.kinderarmut-abschaffen.at/fileadmin/user_upload/Media_Library_Kinderarmut/symposium/2024/Praesentationen/Schwarz_Wir_haben_eine_Krise__Junge_Menschen_und_ihre_Repraesentation_in_politischen_Debatten.pdf (June 19, 2026).

Schweiger, Gottfried. 2023. Ethik der Kindheit: Philosophische Essays. Berlin: J. B. Metzler.

Stadt Wien. 2023. "Integrations- und Diversitätsmonitor." https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrup/download/pdf/4890275?originalFilename=true (May 6, 2026).

Stadt Wien 2026. "Statistische Bezirksdaten der Wiener Bezirke." https://www.wien.gv.at/statistik/bezirksdaten (May 6, 2026).

Statistik Austria. 2025a. "Kennzahlen zu registrierter Obdach- und Wohnungslosigkeit 2024 inkl. Definition." https://www.statistik.at/fileadmin/pages/350/Kennzahlen_zu_registrierter_Obdach-_und_Wohnungslosigkeit_2024.ods (February 18, 2026).

Statistik Austria. 2025b. "Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit/Geburtsland." https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/bevoelkerungsstand/bevoelkerung-nach-staatsangehoerigkeit/-geburtsland (June 16, 2026).

Statistik Austria. 2026. Tabellenband EU-SILC 2025 und Bundesländertabellen mit Dreijahresdurchschnitt EU-SILC 2023 bis 2025. Wien: Statistik Austria. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2025.pdf

Stögner, Diana, and Nikolaus Kowall. 2023. "Wahlrecht und soziale Schicht: Wie die Position auf dem Arbeitsmarkt über das Wahlrecht entscheidet." In Wirtschaft und Gesellschaft 49(4): 49–63.

Traber, Denise, Miriam Hänni, Nathalie Giger, and Christian Breunig. 2022. "Social status, political priorities and unequal representation." European Journal of Political Research 61(January): 351–373. https://doi.org/10.1111/1475-6765.12456

Turek, Elisabeth. 2017. "Unterrichtsbeispiel Volksschule. Die Pizzafrage oder: Was ist gerecht?" Polis Aktuell 6: 18.

UNICEF. 2023. "UN-Kinderrechtskonvention." https://unicef.at/informieren/kinderrechte/?gad_source=1&gad_campaignid=6444120194&gclid=Cj0KCQjw3aLHBhDTARIsAIRij58047kta6QbksyXxHnH0spCUXNzhwRM_yLCV3XiYU9r5XiDVoFyBTMaAjyeEALw_wcB (June 23, 2026)

Van Deth, Jan. 2009. "Politische Partizipation." In Politische Soziologie: Ein Studienbuch, eds. Viktoria Kaina, and Andrea Römmele. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 141–162. doi:10.1007/978-3-531-91422-0

Van der Meer, Tom W. G., and Lisa A. Janssen. 2025. "Pushing and Pulling: The Static and Dynamic Effects of Political Distrust on Support for Representative Democracy and Its Rivals." Political Behavior 47(January): 1389–1411. doi:10.1007/s11109-024-09994-y

Vogl, Susanne. 2021. "Mit Kindern Interviews führen: Ein praxisorientierter Überblick." In Perspektiven auf Vielfalt in der frühen Kindheit, eds. Ingeborg Hedderich, Corinne Butschi, and Jeanne Reppin. 2. ed. Verlag Julius Klinkhardt, 142–157. https://doi.org/10.25656/01:22252

Volf, Irina, Claudia Laubstein, and Evelyn Sthamer. 2019. Wenn Kinderarmut erwachsen wird … Kurzfassung der Ergebnisse der AWO-ISS-Langzeitstudie zu (Langzeit-)Folgen von Armut im Lebensverlauf. Frankfurt am Main: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/Kurzfassung-Ergebnisse-AWO-ISS-Langzeitstudie.pdf

Zandonella, Martina, and Tamara Ehs. 2021. "Demokratie der Reichen? Soziale und politische Ungleichheit in Wien." Wirtschaft und Gesellschaft 47(May), 63–102. doi: 10.59288/wug471.51

Zandonella, Martina. 2022. "Demokratie Monitor 2022." https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2023/10/SORA-Bericht-Demokratie-Monitor-2022-barrierefrei.pdf (June 23, 2026)

Zandonella, Martina. 2024. AK Jugendmonitor 2024. Untersuchung der Lebenslagen junger Menschen in Österreich mit den Schwerpunkten Teuerung und Mitbestimmung. Wien: Verlag Arbeiterkammer Wien https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC17216061/

Zandonella, Martina. 2025. Demokratie aus Sicht der Bevölkerung. Demokratie Monitor 2018 – 2024. Wien: Foresight Research Hofinger GmbH. https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2025/11/FORESIGHT_Demokratie-Monitor-2024_Bericht.pdf

Zandonella, Martina, and Karoline Bohrn (2026). Junge Menschen & Demokratie 2025. Wien: Foresight Research Hofinger GmbH. https://www.parlament.gv.at/dokument/fachinfos/publikationen/Demokratie-Monitor-2025-Junge-Menschen-und-Demokratie.pdf

IMPRESSUM

Volkshilfe Österreich
Auerspergstraße 4, 1010 Wien

Tel.: +43 (1) 402 62 09 | office@volkshilfe.at

www.volkshilfe.at | www.kinderarmut-abschaffen.at

ZVR 382399593

Für den Inhalt verantwortlich
Erich Fenninger

Autor*innen
Marie Chahrour, Hanna Lichtenberger, Anna Proprentner, Jeremias Staudinger

Koordination und inhaltliche Rückfragen/Feedback:
Mag.ª Hanna Lichtenberger, MA, hanna.lichtenberger@volkshilfe.at

Layout
Lea Panzenberger, Sonja Haag

Credits
Cover © istockphoto.com_bizoo_n/S. 8,9 © istockphoto.com_Oleksandra Kharkova/S. 11 © istockphoto.com_jacoblund/
S. 12, 13 © istockphoto.com_Serhii Sobolevskyi/S. 20, 21 © istockphoto.com_monkeybusinessimages/S. 25 © istockphoto.com_ Aron M/
S. 26, 27 © istockphoto.com_ Larisa Stefanuyk/ S. 33 © istockphoto.com_FG Trade/ S. 34, 35 © istockphoto.com_julief514/
S. 47 © istockphoto.com_ Olena Bartienieva/ S. 48, 49 © istockphoto.com_StockPlanets

Stand
Oktober 2026

volkshilfe.

volkshilfe.at